



Leipzig: Schaufensterdekoration



Studienmaterial DDR: Teil II

Sozialismus - Kommunismus

Revisionismus

<http://www.kpd-ml.org/main.html>

Überlegungen beim Lesen von:

Pirker, Lepsius, Weinert, Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR.

Gespräche und Analysen. Opladen 1995. ISBN 3-531-12632-6. DM 48,-

Konsum - Produktion. Voluntarismus

S. 23: Wenn es um die Bedürfnisse der Bevölkerung ging, sah Honecker zuerst deren Befriedigung, dann erst die Produktion.

S. 24: Preiserhöhungen in Ungarn, die aus Sicht der Ökonomen „eine bessere ökonomische Stimulierung und den Abbau von Subventionen beinhalteten“. Honecker: „Die Schaufenster sind dort voll, die Mehrheit drückt sich die Nase breit. Nicht bei uns. Wer gegen die Politik der Hauptaufgabe geht, dem stelle ich ein Bein.“

G. Mittag: „Das war Befriedigung der Bedürfnisse, ohne die Entwicklung des ökonomischen Potentials an die Spitze zu stellen.“

Bedürfnisbefriedigung, ohne die Voraussetzungen in der Produktion zu schaffen, d.h. insbesondere auch (und das wollten auch Mittag und die anderen Ökonomen ja nicht!), ohne Beteiligung der Massen an der Leitung der Produktion, ohne schrittweise Veränderung der Produktionsverhältnisse. Von hier resultierten die Subventionen, die Verschuldung beim Westen, das Koko! (Letzteres war übrigens bereits in den 60er Jahren aufgrund einer Weisung Ulbrichts gegründet worden. Schalck war ab 1976 Leiter, aufgrund eines Politbürobeschlusses. S. 59)

S. 49: Honecker: „Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.“ Und zwar mit der Vorstellung, man müsse bestimmte Hebel drehen, dann komme das oder jenes raus. „Ihr seid für die Wirtschaft verantwortlich - warum gibt es das nicht, jenes nicht?“

„Die Partei war seit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr gewillt, leistungssteigernde Maßnahmen durch Einschränkungen mitzutragen, sondern sie war darauf orientiert, es ist so und so gesagt worden, und es muß immer vorwärts gehen; wenn es nicht vorwärts geht, ist die Wirtschaft daran schuld.“

Honeckers Haltung „Produktion kein Selbstzweck“ **scheint** Stalins Kritik an Jaroschenko zu entsprechen, doch das scheint nur so. Stalin sprach von der Notwendigkeit der Änderung der Produktionsverhältnisse. Hier soll statt dessen oberflächliches Drehen an ökonomischen Mechanismen wie ein Zaubertrick die Produktion steigern. Die Marxschen Ausführungen über Verhältnis Produktion / Konsumtion werden missachtet.

Die Ökonomen haben ein Ressort, das beziehungslos neben anderen steht. Knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit.

45: Honecker war immer der Meinung, es darf nicht zugelassen werden, dass der Lebensstandard sinkt. - Es gab immer den Widerspruch zwischen den erforderlichen Leistungen und den Möglichkeiten, sie zu erbringen.

„Primat der Politik“ wurde das genannt, doch es wurde nicht gesehen, dass Politik nur konzentrierter Ausdruck der Ökonomik ist, während diese Politik die Ökonomik missachtete, Voluntarismus war, Konsum-Populismus anstelle einer Umgestaltung der

Produktionsverhältnisse entsprechend dem Interesse des Proletariats für sich. Das hieß dann, „das Gesicht mehr dem Volk und der Arbeiterklasse zuzuwenden“ (S. 122)

S. 121: Als „Hauptaufgabe“ wurde auf dem VIII. Parteitag verkündet: Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung des Lebensstandards. Hager monierte im Politbüro, das sei „nicht die ganze Hauptaufgabe“, „denn dadurch fiel die ganze Kultur heraus“. Selbstverständlich fiel nicht nur die „Kultur“ heraus, sondern die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse als Basis aller gesellschaftlicher Verhältnisse und dadurch die Umgestaltung des menschlichen Wesens, doch Hager ließ es bei diesem Einwand bewenden. Er war auch damit zufrieden, dass dieser Einwand sozusagen zu Protokoll genommen wurde und keine weiteren Folgen hatte. „Aber im Sprachgebrauch setzte sich dann doch diese Verkürzung durch. Gewiss nicht nur im Sprachgebrauch. Doch der Ideologe hatte seine Schuldigkeit getan und war's zufrieden.“

S. 73: „Ihr müsst es gehend machen.“

S. 75: „Wir waren die Rechner, und da waren die Politiker, die viel weiter gesehen haben, viel tiefer und viel gründlicher.“

S. 73: Schürer: „nicht bezahlbar“, scharfer Rüffel von Honecker. „Sabotierung der Beschlüsse des Parteitags zur Einheil von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Folge: Wachsende Auslandsverschuldung



Kohl - Mittag

S. 74: „Die Akkumulation wurde immer restriktiv behandelt, weil Honecker mit dem Versprechen angetreten war, das Leben der Menschen wird besser werden.“ Die Ökonomen müssen sich um diese und jene Einzelheiten nicht kümmern: „Wir werden die Arbeiter mobilisieren.“ (S. 85: „Ihr unterschätzt die Initiative der Menschen!“) „Ich habe noch bestimmte Möglichkeiten, Bezahlung aus der Bundesrepublik usw.“ (Das KoKo und Honeckers Spezialkonto!) Das war die „vornehme Art“. Die „weniger vornehme“: Du arbeitest gegen die Linie der Partei, parteierzieherische Maßnahmen, bis zum Ausschluss.

S. 75: Wenzel (stellvertretender Vorsitzender der staatlichen Plankommission): 1980 war offensichtlich, das funktioniert nicht. „Wir haben das erkannt und haben nicht den Mut gefunden zu sagen, ich nehme Gefängnis in Kauf, das hätte es nämlich bedeutet, ich nehme Parteiausschluss in Kauf.“

S. 79: 1978 gab Mittag einigen ausgewählten Ökonomen (z.B. Schürer, Vorsitzender der staatlichen Plankommission, und Wenzel) den Auftrag, eine Akkumulationsanalyse zu erstellen.

Die Ökonomen sagten, dass die mangelnde Akkumulation bei Sicherung der Konsumtion durch Pump in die Katastrophe führen musste.

Sindermann (Volkskammerpräsident) begriff, das war der entscheidende Punkt des Angriffs gegen die Politik von Honecker, und diskutierte es weg. Schürer-Vorlage und Mittags Antwort wurden den Mitgliedern des Politbüros und des Ministerrats übergeben - niemand griff die Frage auf. Allerdings sahen die Ökonomen offenbar als einzige Möglichkeit Preiserhöhungen, da ihr Standpunkt - nur von der anderen Seite her - genau so borniert wie der Honeckers war. Die Ökonomen suchten auch nach Mechanismen, mit denen der Laden läuft - da unterschieden sie sich nicht vom Verständnis der Politiker, für die die Ökonomik eine Maschine war, die läuft, wenn man auf den richtigen Knopf drückt. Der richtige Knopf aber konnte aus Sicht der Ökonomen nur im **Ausbau von Ware-Geld-Kategorien** bestehen. „Richtige“ Preise, die den Wert ausdrücken. Daran war richtig, dass diese Form der Subventionierungsvergeudung von Ressourcen bedeutete (Brot-Verfütterung!), doch sahen auch die Ökonomen nicht, sie wollte nur die Waren-Krücke nutzen statt - wie die Politiker - die Staatskrücke. – Es waren übrigens keine bürgerlichen Fachleute, sondern Mittag, Schürer, Wenzel und andere kamen aus der Arbeiterklasse, ebenso wie die Politiker Ulbricht, Honecker, Stoph und andere oder der Gewerkschaftsführer Tisch.

Es war die Logik der Dinge, die die einen zu Apologeten der Ware, die anderen zu Apologeten des Staates werden ließ - die Logik der Dinge auf der Grundlage, dass der Sozialismus nicht als Übergang eines Ensembles von Verhältnissen in ein anderes begriffen wurde.

(Beispiel, S. 136: Tisch war gegen die Losung „sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben“, weil das für ihn bedeutet hätte, dass dann „das andere doch kapitalistisch sein müsste“, also: Was nicht kapitalistisch ist, ist sozialistisch. **Und „wir“ sind ja sozialistisch, weil wir wir sind!**)

Die Politiker glaubten, das „Volkseigentum“ sei dem Privateigentum sozusagen von Natur aus überlegen, man könne sich im wesentlichen darauf beschränken, die Macht zu sichern und diesbezügliche Gefahren abzuwenden. Die Ökonomen sahen im Gegensatz zu den Politikern, dass dieses „Volkseigentum“ in Fäulnis begriffen war (S. 77, Wenzel: „Volkseigentum ist niemandes Eigentum“) und wollten Selbsterwirtschaftung, letztlich Warenproduktion. Die verzweifelte Suche nach einem „funktionierenden Modell“ trieb Schürer und Wenzel Mitte der 60er Jahre - als dies politisch möglich geworden war - zum Studium nach Jugoslawien, doch „da ging uns auf, dass das auch nicht funktionieren würde.“ (S. 75)



1. Mai in Berlin: Die Genossen sind gesichert!

S. 91: „Honeckers Standpunkt war, alle Erschütterungen in den sozialistischen Ländern haben mit Preisveränderungen begonnen, in Polen, Ungarn und in der CSSR. Und bei mir nicht!“

S. 92: Der westliche interviewende Ökonom sowie Schürer und Wenzel sind sich einig, dass als Heilmittel die Preise hätten erhöht werden müssten und dass man „solche revolutionären Reden auch nicht auf dem Parteitag halten kann“, auch nicht im Westen, sondern eine solche Meinungsbildung „nur in kleinen Zirkeln herbeiführen kann“. **Alle haben herzlich gelacht. Dass man unter demokratischem Mäntelchen die Massen verarschen muss, das verstanden eben auch die westlichen Ökonomen. Hier war kein Klassenwiderspruch.**

50 f.: „Der 17. Juni saß allen im Nacken.“ - „Der größte Widerstand gegen die Erhöhung der Preise war im Funktionärsapparat. Die haben beim Mittagstisch erzählt, wie kann das alles so billig sein, und wenn Preise erhöht werden sollten, hieß es, was macht ihr mit der Bevölkerung.“ „Geld keine eindeutig bestimmte Größe.“ Gemeint: Preise weichen nachhaltig vom Wert ab. Politische Preise. Seite 54: Brotverfütterung, Subventionierung von Eiern. „Preisveränderung ist an Honecker gescheitert.“ Bei den Neubauten keine höheren Mieten.

S. 64: Das Ansehen der Partei und ihrer Politik, die Honecker vertrat, „wird ja vor allem über sozialpolitische Maßnahmen realisiert“ nämlich: **Da die Arbeiterklasse nicht leiten darf, muss die Partei - um den Anschein einer Arbeiterpartei zu wahren - ihr das Linsengericht billiger Konsumgüter lassen. Die Partei muss der Klasse an sich Brot und Spiele geben (an den Spielen hat's wohl aber gehapert).**

Schürer: „In der DDR wurden die Preise für Waren des täglichen Grundbedarfs nach den Preisen des Jahres 1944 festgelegt und gestoppt, d.h. sie wurden nicht erhöht.“ (Brennnessel Nr. 54 August 1996)

Und später Hager: „Wir haben uns übernommen, eine soziale Gerechtigkeit zu schaffen.“ (UZ 25.9.98)

53: Krömke (Persönlicher Referent von Mittag, Ökonomie-Professor): Laut NÖS sollte Geld eine große Rolle spielen. De facto ist das nicht eingetreten. Geld hatte keine existenzbedrohende Bedeutung. Betriebe wurden kritisiert, wenn sie den Gewinn nicht erreicht hatten, und dabei blieb es. Hat ein Betrieb viel Gewinn gemacht, musste er den auch abführen, hat er wenig Gewinn gemacht und der Betrieb wurde gebraucht, hat er trotzdem seine Investitionen gekriegt. Existenzbedrohende Wirkung heißt hier: Krömke will den Konkurs und damit das Privateigentum („Eigenverantwortlichkeit“, „Eigenerwirtschaftung“).

Das ist aber nur die eine Seite. Es gab andererseits auch die innerhalb einer sozialistischen Wirtschaft erforderlichen Hebel der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ nur auf dem Papier. Der Sozialismus darf keinen solchen Raubbau mit Ressourcen treiben, er muss in dem Ausmaß, wie es jeweils noch nötig ist, Ware- Geld-Kategorien als Krücke nutzen, dann aber nicht auf dem Papier, sondern so dass sie real wirken. Andererseits muss das Maß bestimmt werden, an dem die Sache in die andere Richtung umkippt - wenn z.B. der Konkurs eingeführt würde.

52: Man hätte theoretisch auch auf der Grundlage der Subventionierung von Minusgeschäften eine anständige Kostenrechnung machen können, dann hätte man zumindest gewusst, wo man in welcher Höhe subventioniert. Das geschah aber nicht. Kein Interesse. Man wollte gar nicht so genau wissen, was man subventionierte. Jeder hält die Hand auf, und daher besteht gemeinsames Interesse, es nicht zu wissen. Doch die Arbeiterklasse hat ein Interesse, es zu wissen, denn sie erarbeitet alle Ressourcen, auch die, die verschwendet werden!

Leistungsstrukturen ZK

S.183: Interviewer: „Sie waren auch Mitglied des Zentralkomitees. War das von Bedeutung? Wie sehen sie die Funktion der Mitgliedschaft im Zentralkomitee?“ Rauchfuß (Minister für Materialwirtschaft): „Sehr nominell.“ Interviewer: „Waren die Sitzungen des Zentralkomitees ritualistisch?“ Rauchfuß: „Ja, absolut. Also zunehmend, sagen wir es so. Je größer die Probleme wurden, um so weniger wurde über sie diskutiert.“

S.210, Wyschofsky (Minister für chemische Industrie): „Als Mitglied des Zentralkomitees sind Sie nichts; Sie kriegen eine Mitteilung, dass Sie gewählt werden. Im Zentralkomitee sind die Hauptindustriezweige zu vertreten, also immer der Chemieminister, der Elektrotechnikminister, der Plankommissionär und drei Generaldirektoren aus den Zweigen. Dann wurden Sie gewählt. Das Zentralkomitee tritt im Jahr zweimal zusammen. Sie kriegen eine Einladung vom Generalsekretär mit dem Thema der Sitzung, und dann kommen Sie dorthin, kriegen Papiere zu lesen, was er mit dem Mosambikanischen Staatschef laut Protokoll beraten hat. Da können Sie nichts kontrollieren, nichts prüfen, es ist nichts Geheimes, dann haben Sie zu lesen. Dann hält einer das Referat zu dem Thema, das bekannt war, und dann wird diskutiert. Und ich muss sagen, beim ehrenwerten Ulbricht, ... waren es teilweise noch richtige Diskussionen und Dispute. Und Ulbricht machte auch keine Schlussbemerkung vom Papier her, sondern aus dem hohlen Bauch. Die klangen nicht so schön, sie waren auch nicht wohlfeil formuliert, während Honecker nicht mehr als zwei Sätze frei sagen konnte, um nichts Falsches zu sagen wahrscheinlich oder weil er es nicht brachte. Das wurde dann abgelesen, anschließend ein Beschluss gefasst. Der Beschluss lautete dann: Ist jemand gegen den von Gerhard Schürer vorgelegten Plan? Die Bemerkungen, die da gemacht worden sind, werden natürlich von der Redaktionskommission berücksichtigt. - Ist niemand dagegen? Dann: Ist jemand gegen den Beschlussvorschlag, dass der nächste Termin dann und dann ist? Ist jemand dagegen? - Es ist niemand dagegen. Das war das Zentralkomitee, das sogenannte hohe Organ, das nichtssagend und völlig bloßgestellt ist. Bis auf die Sekretäre, die aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes sind.“

Kein Wunder, dass ein „normales“ ZK -Mitglied nichts zu sagen hat, wenn der Apparat nach einem bestimmten Nomenklatura-Schlüssel festlegt, wer ins ZK zu wählen ist und dies den Betreffenden vor dem Parteitag mitteilt.



Politbüro

53: „Das Politbüro war nicht dieses kollektive Beratungsgremium.“ „Wenn jemand sich eben hinstellt, der nicht der gleichen Meinung ist wie die jeweilige Hauptströmung in der Partei, dann war das eben bedrohlich.“

Stimmt, aber das war nur Folge des Auseinanderfallens der Gesellschaft in Teilinteressen, die nicht offen ein- gestanden werden durften.

S. 30: Im Politbüro konnte man keine Vorlage einbringen. Honecker hätte gesagt: „Warum wird eine solch wichtige Frage nicht im Vorhinein diskutiert?“ Das war keine Paranoia, sondern die Diskussion von Fragen in den offiziell zuständigen Gremien wäre tatsächlich in der Tendenz systemgefährdend gewesen! Ein pyramidenförmiges Leitungssystem, in welchem ein kleiner Kreis an der Spitze der Pyramide alle wichtigen Entscheidungen fällt wird durch den bloßen Keim demokratischer Strukturen gefährdet! Transparenz und Kompetenzverschiebung nach unten hätte entweder - **auf richtiger Grundlage** - in Richtung Kommunismus gewiesen oder aber - da dieser Weg verbaut war - der „ökonomischen Logik“ der Ware den Weg geebnet: Perestroika und Glasnost! Das drohte immer (und so hatten schon in den 50er Jahren nicht nur Kommunisten, sondern auch die Ulbrichts und Honeckers ein Interesse am Kampf gegen den Titoismus!), und dagegen hatten sowohl ein Ulbricht als auch ein Honecker stets zu kämpfen - nicht nur zur Sicherung der persönlichen Macht, sondern zur Verteidigung des gesamten Herrschaftssystems, welches sie als „Herrschaft der Arbeiterklasse“ auffassten, da es keine kapitalistische Herrschaft war. Alles, was **für sie** am ML wesentlich war, verteidigten sie: Kein bestimmender Einfluss des Privateigentums, kein Kapital, kein Überborden von Ware-Geld-Beziehungen als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, Machtausübung durch die „Arbeiterklasse“, die ja von „ihrer“ Partei repräsentiert wurde, an deren Spitze sie als „Führer des Proletariats“ standen. Der Ausbau des Unterdrückungsapparats richtete sich gegen die „bürgerliche Konterrevolution“, war also für sie „Machtausübung des Proletariats“.

S. 277, Koziolk (Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung): „Im Politbüro wurde im Grunde nicht entscheidungsorientiert beraten, sondern Vorabstimmungen zugestimmt“

S. 72: Schürer: „Dazu gibt's diesen Apparat des Zentralkomitees, der der gesamten Vorbereitung des Parteitages oder auch von ZK-Plenartagungen dient. Und diese Organe des Parteiapparates haben wieder Kontakt mit uns in der Plankommission, schon in der Vorbereitungsphase, also schon bevor ein Beschluss gefasst ist.“ So wurde die „Führung der Partei der Arbeiterklasse“ garantiert, das „Primat der Politik“! Demokratie muss vorgetäuscht werden, denn reale Demokratie wäre bürgerlich und würde die Macht gefährden - und letzteres stimmte sogar unter den gegebenen Vorzeichen, nur dass es keine Macht der Arbeiterklasse war.

Im Politbüro wurde immer nur segmentiert verhandelt, was das jeweilige Ressort betraf. Honecker mit Mittag auch über Kontakte mit BRD, weil das immer eine wirtschaftspolitische Komponente hatte.

Willensbildung „des Politbüros“ erfolgte in Zweiergesprächen mit Honecker. Viele im Politbüro haben die Zusammenhänge nicht übersehen und sich auch nicht die Mühe gemacht“. Sie wollten mit Dingen, die ihr Ressort nicht betrafen, in Ruhe gelassen werden. Das war auch realistisch: Hätten sie sich bemüht, den Ressortgeist zu überwinden, wäre das gar nicht gegangen, **denn die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit im Politbüro war nur Widerspiegelung dessen, dass die alten Arbeitsteilungen in der Gesellschaft konserviert wurden wie in einem Kühlschrank, statt eine kommunistische Konzeption ihrer Überwindung zu verfolgen.**

„Jeder hatte seine Forderungen. Schürer stand vor der Situation, dass das Gesundheitswesen kam und sagte, wir brauchen mehr, die Kultur: wir brauchen noch mehr; die Bereiche der nicht-materiellen Produktion wie die Volksbildung: wir brauchen noch mehr. Aber am Wohnungsbau nichts ändern! Militär: müssen wir mal sehen, da kriegen wir Ärger mit Moskau.“ Jeder für sich, und der „Lauf der Geschichte“ für uns alle! Aber „die Geschichte“ tat nichts, sie war kein handelndes Subjekt.

Die Querschnittsbilanz wurde nicht gezogen. Über das ZK ging es „überhaupt nicht“. Für den Ministerrat wollte Stoph gar keine Kraft haben. „Im Politbüro saß doch ein Teil, der in der Sowjetunion viel besser angebunden war als sonst wo.“ Im Politbüro waren „zwei Linien“. Die andere versuchte, Teile des NÖS zu retten.

S. 103: „So wurde z.B. in der Frage der Zahlungsbilanz eine kleine Gruppe gebildet..., damit die anderen nicht alles wissen, wie schlimm die Lage ist. Oder in der Volkskammer: Es wurde alles vorher ausdiskutiert und entschieden, und die in die Volkskammer gegangen sind, hatte ja die Parteidisziplin zu vertreten, also war schon wieder eine Diskussion ausgeschaltet.“



Generalsekretär

S. 103, Schürer: Wenn er etwas durchsetzen wollte, hat Honecker als erster das Wort genommen, und damit war alles gelaufen.

S. 105: „Ulbricht hat in das Politbüro nur Leute aufgenommen, von denen er wusste, dass sie seine Linie unterstützen. Er hat Leute rausgeschmissen wie Heinrich Rau und Ackermann, von denen er wusste, dass sie sich ihm gleichgeordnet fühlen; die wurden herausgebissen. Und genauso wurde es dann auch bei Honecker.“

S. 94: „Ja, die monolithische Einheit, die musste immer demonstriert werden. Hier gab es vielleicht im Couleur auch einen Unterschied zwischen Ulbricht und Honecker. Honecker liebte es, dass alles gradlinig, geplant und vorbereitet ablief und als Erfolg registriert wird. Ulbricht hat auch die Antipoden in das Zentralkomitee eingeladen, in die Sitzungen, da wurden Wissenschaftler und Praktiker aus der ganzen DDR eingeladen, und der liebte es, wenn die Funken sprühten, wenn es Auseinandersetzungen gab. Dann hat er natürlich auch seine Entscheidungen getroffen, und wehe, wer die nicht durchgeführt hat. Aber erstmal hat er mehr

auf Diskussion
geachtet.“

S. 123: Tisch (FDGB-Vorsitzender, Politbüro-Mitglied): Über die sich anstauenden Widersprüche, die auf einer gewissen Ebene jeder gesehen hat, ist „im Politbüro wenig diskutiert worden“. „Es wurde immer versucht nach Lösungswegen zu suchen“, doch „das waren alles nur Teillösungen, die der Komplexität nicht Rechnung trugen“. Natürlich, wie sollte es anders sein, wenn jeder nur sein Teilressort überblickte!

Es waren „Lösungswege“ besonderer Art: S. 124: Tisch: „Wir haben z.B. auf dem VIII. Parteitag Ulbricht scharf kritisiert, weil wir zwei Milliarden Auslandsschulden hatten - zum Schluss hatten wir vierzig Milliarden“

S. 131: Tisch: „In persönlichen Gesprächen hat Schürer oft gesagt, wir werden zahlungsunfähig, bloß es schob sich von Jahr zu Jahr hinaus und KoKo fand immer wieder Wege für neue Kredite, und so stoppelte sich das immer.“

S. 127 f.: Der westliche Interviewer fragt Tisch: „Worauf beruhte dieses Prestige, diese Durchsetzungskraft von Honecker? Theoretisch ist das im Sozialismus gar nicht vorgesehen. Das Politbüro ist der Satzung nach ein kollektiver Führungsstab. Woher kommt diese starke Stellung des Generalsekretärs in dem Kollektiv der Parteiführung?“ Tisch: „Honecker hatte in alle Entscheidungsfragen Einblick. Wenn ich einmal von mir als Gewerkschaftsvorsitzendem ausgehe: Ich hatte keinen Einblick in die außenpolitischen Detailfragen, ich kümmerte mich um die Gewerkschaftsproblematik. Honecker war im Politbüro derjenige, der von allen die Informationen hatte und es auch verstand, sie so darzulegen, dass sie für die anderen Politbüromitglieder verständlich waren, und das wurde akzeptiert.“

Ursache ist nicht „der Revisionismus“, sondern das Wirken des Ensembles entfremdeter Arbeitsteilungen, und wenn man diesem nicht entgegenwirkt, dann kommt Revisionismus raus.

Und in Bezug auf die Spitze des Apparats bedeutet das: **Diejenige Person**, die diese Spitze verkörpert, muss unangreifbar sein, da die Illusion gewahrt werden muss, irgendwo sei eine Instanz, die für das Ganze agiert. Diese Illusion ist absolut erforderlich, da ein auf das Gesamtinteresse gerichtetes kollektives Handeln auf Grundlage der bestehenden Formen der Arbeitsteilung unmöglich ist. Ohne Aufrechterhaltung dieser Illusion wäre dem System jegliche Legitimationsgrundlage entzogen.

Natürlich konnte auch Honecker den Gesamtzusammenhang nicht überblicken, aber alle brauchten die Illusion, dass er es tat - wovon sonst hätten sie leben sollen?

S. 133: Tisch „Als er gewählt wurde, hat er noch gesagt, ich bin einer unter euch, aber das hat sich im Laufe der Jahre verändert. Er wurde immer mehr der Erste, und er hat sich in diese Rolle hineingesteigert:

Ich bin derjenige, der die DDR führt, der alles kann, der alles weiß, ich habe internationale Autorität.

Das bestehende Ensemble der Verhältnisse bewirkte, dass Honecker sich in diese Rolle hineinsteigern musste!

S. 132: Tisch: „Honecker hat ja doch den XII. Parteitag ein Jahr früher einberufen, um sich wieder wählen zu lassen.“ „Er war doch ständig dagegen, wenn einer ausschied, der jünger war als er, dann hat er Krach gemacht.“ S. 133: „1975, da hat er zu mir gesagt, mit mir braucht man nicht zu diskutieren, wann ich zurücktreten soll, ich weiß, wann der Zeitpunkt gekommen ist, und das wird nicht zu spät sein. Je länger es dauerte, umso sturer wurde er.“

Dieses System von Arbeitsteilungen beinhaltet ferner, dass keiner innerhalb seines Ressorts kritisiert wird, außer vom Vorsitzenden: S. 129: Tisch: Wenn ein anderer „etwas über den FDGB gesagt hat“, dann „bin ich dem in die Parade gefahren, natürlich.“ „Weil das nicht seine Zuständigkeit war.“ Es sei denn, Erich Honecker hätte etwas gesagt, „das musste ich mir schon anhören.“

S. 131: Über Honecker wurde nichts Kritisches gesagt, „in der offiziellen Sitzung nicht“, und „wenn wir so zusammen waren, hat es auch kaum einer gewagt, dem anderen zu sagen, wie er wirklich über die Lage denkt“. Keiner konnte etwas sagen „im Sinne von Alternativlösungen, die die Position Honeckers in Frage gestellt hätten“ (gemeint ist wohl: im Sinne von Alternativlösungen in Sachfragen, die in der Konsequenz die Position Honeckers hätten in Frage stellen können), denn „das war bis 1988 eine Frage, die für jeden das politische Todesurteil bedeutet hätte“. So machten die Konsequenzen dieses Systems der Arbeitsteilungen es unmöglich, auch nur den Versuch zu machen, nach sachlichen Auswegen aus dem Teufelskreis zu suchen, da diese mit der Personalfrage der Spitze dieses Apparats verbunden waren, die zu stellen als Fraktionismus gewertet worden wäre.

S. 132: Tisch: „Und Fraktionsbildung wurde bei uns doch sehr scharf verurteilt.“ Das liegt nicht nur an einer „subjektiv falschen“ Definition des Fraktionsbegriffs, sondern das wäre deshalb als Fraktion bewertet worden, weil es objektiv geeignet gewesen wäre, die zur Bewahrung einer gewissen Reststabilität absolut erforderliche Fiktion der „Einheit und Geschlossenheit“ zu wahren, einer Fiktion von Einheit, die sich an der jeweiligen Person des Generalsekretärs orientierte, (siehe Axens Bemerkung „Ulbricht sind wir alle“ im Zusammenhang mit der Entfernung Herrnstads und Zaissers sowie sein Hinweis darauf beim Absagen Ulbrichts, vgl. Monika Kaiser)

Folgende Episode zeigt, wie der amtierende Generalsekretär der Kritik entzogen war und wie Sachdiskussionen dadurch blockiert waren: In einem gemeinsam verfassten Brief wiesen Mittag und Schürer 1977 auf die marode Zahlungsbilanz, die wachsenden Staatsschulden hin, die Folge von Honeckers Konzeption der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ waren.

S. 314: „In einem Gespräch mit beiden Briefautoren reagierte Honecker empört: „Ich bin überrascht, wie einige Fragen in dem Material gestellt werden. Es ist richtig, offen die Probleme auf den Tisch zu legen. Es ist aber unverständlich, warum das nicht zum Parteitag, oder zum Beginn des Jahres, oder zum 5. Plenum geschehen ist. Wir können doch nicht von heute auf morgen die ganze Politik ändern. Wir müssten vor's ZK gehen und sagen: Wir haben das nicht vorausgesehen oder wir haben Euch belogen. ...Im Material kommt es so raus, als sei die Politik nach Ulbricht falsch gewesen, als habe Ulbricht keine Schulden gemacht und Honecker macht Schulden. Welche Politik hätten wir denn machen sollen? Die Politik der Preiserhöhung hätte keines der Probleme gelöst. Der Importüberschuss hat seine Ursachen nicht in unseren Beschlüssen, sondern z.B. darin, dass Genosse Schürer jährlich 2,5 Mrd. M für die Chemie importiert.“

Mittag und Schürer gaben nach. „Es war nicht unsere Absicht, dass bei Dir ein solcher Eindruck entsteht. Wenn es solche Formulierungen gibt, die das hervorrufen, werden wir sie auf jeden Fall ändern“, zog Mittag zurück, und Schürer drückte sich noch deutlicher aus: „Wie könnte gerade ich und wie könnten gerade wir in der Staatlichen Plankommission, die wir Dir, Erich, tief dankbar sind, dass Du uns ermöglicht hast, reale Pläne auszuarbeiten, persönliche Angriffe auf Dich und die beschlossene Politik formulieren? Wir sind bereit, Formulierungen zu korrigieren.“

Honecker durfte keine Fehler gemacht haben, die beschlossene Politik durfte keine Fehler enthalten. Wenn es Fehler gab, durfte es alle möglichen Gründe und Verantwortlichkeiten

geben, nur nicht die Verantwortlichkeit des amtierenden Generalsekretärs. Als Schürer 1978 neue besorgniserregende Zahlen auf den Tisch legte, schob Honecker ihm als dem Überbringer der schlechten Nachricht sogleich die Schuld zu:

„Von einer vorausschauenden Planung muss man verlangen, dass rechtzeitig die Schlussfolgerungen gezogen werden und die Sache nicht erst zu einer solch zugespitzten Situation führt.“ (S. 318 f.) Er nahm Schürers Kritik unversehens als Selbstkritik.

Sekretariat und Apparat

Dienstags war Politbürositzung, am vorherigen Freitagabend bekamen alle die Materialien. Doch der Apparat hatte entscheidenden Einfluss, welche Materialien das waren. Tisch: „Im Politbüro gab es nur die Information des Parteiapparats. Dohlus (ZK-Sekretär für Parteiorgane) war dafür verantwortlich und die Abteilung Organisation und Information. Sie widerspiegelten aber nicht die Information, die in das Politbüro kam, sondern da war die Information der ersten Kreis- und Bezirkssekretäre der Partei maßgeblich. Ich habe manchmal nachgefragt, ob sie denn unsere Information nicht gelesen hätten. Da haben sie gesagt, doch, doch, die finden sich doch wieder. Ich habe gesagt, ich finde sie aber nicht wieder in eurem Bericht. Aber darüber zu diskutieren, lohnte sich gar nicht.... Auch ich kriegte ja schon von unten gefilterte Berichte.... Es begann schon in den Betrieben, dass die Informationen gefiltert wurden. „Gib das bloß nicht nach oben“, hieß es da. Und dann kam der Kreis, dann der Bezirk, die haben alle gefiltert, und oben kam ein ziemlich lupenreiner Bericht an. S. 129

S. 196, Wyschofsky: „Das eigentliche Machtzentrum war das Sekretariat, nicht das Politbüro. Das waren nur sieben Leute, die dem Politbüro abgestimmte Beschlüsse unterjüngert haben.“

S. 134: Mittag hatte nach seinen Angaben eigene Informationen, weil er Betriebe besuchte und dort „nicht bloß mit den Vorgesetzten sprach“, doch das Informationssystem war so beschaffen, dass verhindert wurde, dass derartige Informationen in die dem Politbüro zur Verfügung gestellten Materialien eingingen.

S. 350 f.: „Während Dienstags, in der Sitzung des Politbüros, Repräsentanten der Partei, des Staates und der Massenorganisationen zusammenkamen, blieb Mittwochs, in der wöchentlichen Sitzung des Sekretariats des ZK, die zentrale Parteibürokratie unter sich. Hier wurde durch die Sekretäre und Abteilungsleiter die Parteilinie konkretisiert und umgesetzt. Die Sekretäre hatten eigene Büros mit zwei persönlichen Mitarbeitern und leiteten jeweils mehrere Abteilungen. Ihnen waren die rund **3.000 Beschäftigten des ZK**, fachlich und hierarchisch in den Abteilungen organisiert, unterstellt. Manfred Uschner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Axen, berichtet über die **angesonnenen Verhaltensnormen**: Man habe streng verschwiegen zu sein, über die Angelegenheiten des eigenen Büros habe man nicht zu sprechen, nach denen der anderen Büros nicht zu fragen. Dies galt jedenfalls für den Bereich internationale Beziehungen, der Herman Axen unterstand und sich auf der zweiten Etage befand, wo auch das Büro von Erich Honecker war. Die Abteilungen wurden nach dem Prinzip der Einzelleitung von den zuständigen Sekretären geleitet und waren untereinander nicht vermittelt.

Herrschaftswissen und Verwaltungskompetenz lagen bei den Abteilungsleitern. Sie arbeiteten die Vorlagen aus, ihre Formulierungen gingen in die Beschlüsse des Politbüros ein, die sie wiederum interpretierten und in Einzelmaßnahmen umsetzten. Ohne formelle Weisungsrechte an die Ministerien, Kombinate, Territorialeinrichtungen konnten sie dennoch politische Macht und personelle Kontrolle ausüben. Sie bildeten den Kern der Verwaltungsstäbe des Parteistaates. Die Industrieminister hatten sich ständig mit den entsprechenden Abteilungsleitern abzustimmen, über sie Grundsatzentscheidungen bei Mittag zu erwirken, Auflagen entgegenzunehmen, ihre Tätigkeit gewissermaßen über die Abteilungsleiter im ZK politisch zu legitimieren.“ **Das galt als führende Rolle der Partei.**

S. 52: Die „Ressortwirtschaft war ausgeprägt“. „Jeder Sekretär hat seinen Bereich verteidigt.“
 S. 353: „Der Ministerrat war praktisch auf die Funktion der Wirtschaftsverwaltung reduziert, andere Politikbereiche sind dort nicht diskutiert worden.“

„Führende Rolle der Partei“:

Tisch, S. 137: „Im ZK gab es die Abteilung Gewerkschaften, der Abteilungsleiter, der hat das zwar nie gesagt, aber der hat sich höher gefühlt als ich. Er war praktisch das Kontrollorgan der Partei über die Gewerkschaft, der hat von jeder Sitzung, das habe ich auch erst hinterher erfahren, dem Mittag eine Information gegeben, was bei uns beraten wurde, wie ich Position bezogen habe. Also die Partei war immer informiert, denn er hat an allen unseren Beratungen teilgenommen, er nahm an der Präsidiumssitzung (der Gewerkschaft) teil, an den Sekretariatsitzungen, was eigentlich gar nicht sein durfte, aber das hat sich über die Jahre eingespielt und war für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Mittag war zwar selbst Politbüromitglied, doch „führende Rolle der Partei“ hieß hier offenbar, dass ein Mitglied des dem Sekretariat unterstellten Apparats die Kontrolle über ihn haben musste.

S. 137: „Dann hatte Mittag in seiner Abteilung wieder eigene Ressorts. Es gab einen ZK-Arbeiter für den Feriendienst, der hat bei uns in den Feriendienst hineingewirtschaftet; es gab einen für die Sozialpolitik, es gab sogar eine Fraueninstrukteurin (für den FDGB). Also die Struktur der Abteilungen des ZK entsprach unserer Struktur beim FDGB. Und sie haben, ohne dass das immer auffiel, in unsere Abteilungen reingewirtschaftet. Die Frauensekretärin war in der Frauenkommission des Politbüros, die Inge Lange geleitet hat. Inge Lange hat geglaubt, dass das sie Frauensekretärin ist und nicht die Frauensekretärin der Gewerkschaft.“ Es war die Frauensekretärin „der Partei“, faktisch des dem Sekretariat unterstellten Apparats, zur Kontrolle der Gewerkschaft.

137: „In der Verfassung steht, dass der FDGB unabhängig ist, dass niemand in ihn hineinreden darf, nach der Verfassung hatte er eine selbständige Rolle. Aber war es im praktischen Leben so? Ich war Mitglied des Politbüros, der Vorsitzende des FDGB im Bezirk war Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung. Im Kreis war der Kreisvorsitzende des FDGB Mitglied des Sekretariats der Kreisleitung der Partei. Dadurch waren die Funktionäre eingeordnet in die Parteilinie und die Parteibeschlüsse waren bindend für mich, ich hatte den Parteibeschluss in der Gewerkschaft umzusetzen. Das wurde auch von mir erwartet, sonst wäre ich gar nicht im Politbüro gewesen.“

Sicherlich muss die Partei führen und sind die Mitglieder der Partei und ihrer Leitungen der Parteidisziplin verpflichtet, wird dies aber so mechanisch gefasst, dann ist das ein bloßes Durchstellen, dann ist das kein dialektisches Verhältnis von Partei und Massenorganisation. Das ganze wurde wohl als Anwendung des Leninschen Prinzips vom Transmissionsriemen aufgefasst, bei Lenin findet sich aber anderes.

138: „Erinnern Sie sich an einen Konfliktfall zwischen FDGB und Zentralkomitee?“ Tisch: „In den fünfzehn Jahren, in denen ich Gewerkschaftsvorsitzender gewesen bin, ist das nicht vorgekommen.“



Überlegungen zu den Strukturen

Selbstverständlich kann es nicht unsere Sache sein, die Verhältnisse und Strukturen der revisionistischen DDR und SED in der üblichen subjektivistischen Manier der bürgerlichen Ideologen als „Banalität des Bösen“ zu deklarieren und die Sache damit für geklärt zu halten oder - was von der Methode her auf gleicher Stufe stünde - mit dem Aufkleben des Etiketts „revisionistisch“ für erklärt zu halten und zu denken, wir hätten damit nichts zu tun, da wir ja keine Revisionisten seien. Nimmt man z.B. den Apparat des ZK, so dürfte sich die Sache so darstellen, dass der Form nach ein solcher Apparat in den 30er Jahren in der SU geschaffen und später in so gut wie allen sozialistischen und revisionistischen Ländern im wesentlichen übernommen wurde: Ein Apparat des ZK, der in Abteilungen gegliedert ist, die hierarchisch strukturiert und einem Abteilungsleiter unterstellt sind, wobei die Abteilungsleiter wiederum von den Sekretären des ZK angeleitet werden. Der ursprünglichen Absicht nach handelt es sich hier um den Versuch, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von einem Zentrum her zu leiten und auf diese Weise die Zersplitterung in Einzelinteressen zu überwinden bzw. ihr zumindest entgegenzuwirken, wobei dieses Zentrum die Spitze der politischen Partei des Proletariats sein sollte.

Mit dem Übergang zum Revisionismus fällt das Bestreben des Übergangs zum Kommunismus weg, doch es bleibt das Bestreben, die Rückentwicklung zu einer Gesellschaft, die von spontan wirkenden Einzelinteressen reguliert wird, zu verhindern und an einer zentralen Leitung festzuhalten. In beiden Fällen freilich - Sozialismus und Revisionismus - wirken innerhalb der Apparate selbst Privatinteressen, im Revisionismus wird dies absolut.

Der entwickelte Revisionismus zeigt somit sozusagen in reiner Form Wirkungsweisen und Mechanismen, die im Sozialismus bzw. in der Partei (agiere sie im Kapitalismus oder Sozialismus) ebenfalls wirken, nur eben hier nicht absolut, **sondern** mit kommunistischen Gegenwirkungen. Im Sozialismus bzw. in der KP handelt es sich um eine notwendige Krücke des Kommunismus, die aber dem Kommunismus widrige Wirkungen mit Notwendigkeit hervorbringt.

Strategisch kann das Problem nur gelöst werden, indem die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft flächendeckend überwunden werden und die Notwendigkeit von Krücken damit entfällt.

Taktisch aber stellt sich das Problem, wie die negativen Wirkungen der Krücken, solange sie erforderlich sind, eingeschränkt werden können, damit sie nicht übermächtig werden und den kommunistischen Keim ersticken.

„Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“ - dies gilt auch für ein Übermaß an führender Rolle der Partei.

Bei einem Überschreiten des Maßes schlägt die Sache ins Gegenteil um: Das Bestreben, alles seitens einer Zentralstelle und vermittels hierarchischer Apparate zu „kontrollieren“, **tötet die Selbsttätigkeit**, stärkt die Hierarchie-Krücke und die innerhalb der Hierarchien wirkenden Privatinteressen und vernichtet damit den Keim des Kommunismus. Ein „Weniger“ an Leitung und Kontrolle kann höhere Qualität an kommunistischer Leitung bedeuten. Ein Zuviel an Abbau von Leitung durch die Partei kann aber Anarchosyndikalismus bedeuten. Das richtige Maß kann nur aufgrund einer konkreten Analyse der konkreten Situation bestimmt werden. Es scheint aber so zu sein, dass ein Maß, welches in der SU der 30er Jahre vermutlich im wesentlichen richtig war, als Maß aller Dinge zu allen Zeiten betrachtet wurde. Diejenigen, die an der Stärkung der Hierarchie-Krücken ein persönliches Interesse hatten, haben eine solche Bestimmung wohl als „Treue zum Leninismus“, „zu Stalin“ usw. ausgegeben.

Die Partei muss den Staat führe, darf sich aber nicht zu eng mit ihm verquicken, da sonst das Staatsinteresse zu Parteiinteresse wird. **Der Staat wird immer Selbsterhaltungsinteressen hervorbringen, ein kommunistisches Zurückdrängen der Staatlichkeit muss somit von der revolutionären Klasse unter Führung ihrer Partei erkämpft werden, dies aber ist nicht möglich, wenn Staatsinteresse und Parteiinteresse unmittelbar zusammenfallen.** Im übrigen ist die Räteverfassung faktisch liquidiert, wenn das Parteizentrum bestrebt ist, alles unmittelbar zu leiten.

Die gewählten Organe können ihren Wählern nicht mehr rechenschaftspflichtig sein, wenn sie faktisch nur der Parteiführung verantwortlich sind. Scheinwahlen sollten unbedingt vermieden werden, dann lieber zeitweilig ein offenes Klassenwahlrecht statt allgemeinem Wahlrecht. Im Übrigen zeigt sich hier, warum geheime Wahlen unbedingt zum Prinzip gemacht werden müssen, auf ausnahmslos allen Ebenen der Partei und des Staates.

Die Tendenz, dass die Kompetenzen und Befugnisse der gewählten Organe durch Apparate und Büros immer mehr eingeschränkt wird, ist offenkundig überaus stark und in letzter Analyse keineswegs durch den guten oder bösen Willen einzelner Personen reguliert, sondern dem Ensemble entfremdeter Arbeitsteilungen geschuldet. Strategisch kann das Problem nur durch den Abbau dieser Arbeitsteilungen gelöst werden, taktisch muss es aber angegangen werden, indem ein zäher und ununterbrochener Kampf gegen diese Tendenz geführt wird.

Das Problem dabei ist: In dem Ausmaß, wie diese Arbeitsteilungen bestehen, erscheint die Übertragung möglichst vieler Kompetenzen an Apparate und Büros als praktikabel, bequem, den „Erfordernissen der Praxis“ entsprechend, und diejenigen, die sich dagegen stemmen, erscheinen als Leute, die Sand ins Getriebe werfen. Besteht nicht ein gewisses Maß an theoretischer Einsicht in die betreffenden Zusammenhänge, so werden die Versuche, sich gegen diese Tendenz zu stemmen, scheitern. Der bloße kommunistische Wille ist kein Kraut dagegen, denn das Wirken des Ensembles der bestehenden Verhältnisse ist stärker und wird diesen Willen früher oder später zu Fall bringen, wenn er nicht mit theoretischer Einsicht verbunden ist.

Das „Im-Vorhinein-Diskutieren“ ist unbedingt auf das absolut erforderliche Maß einzuschränken (im Politbüro vor dem ZK-Plenum, im ZK vor dem Parteitag usw.), weil dadurch in der Tendenz das formell höhere Gremium faktisch dem Niederen bzw. seinem geschäftsführenden Ausschuss unterstellt wird: Faktisch wird vorher beschlossen, im eigentlich zuständigen Gremium soll abgenickt werden, und wer nicht einfach abnicken will erscheint als jemand, der Sand ins Getriebe wirft. Die Diskussion muss vorbereitet werden, doch die Entscheidungsfindung durch das zuständige Gremium darf nicht faktisch vorweggenommen werden. Personaldebatten im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen sollten vor der Wahl durch das zuständige Gremium gar nicht geführt werden.



NÖS contra bürokratisches Administrieren

20: Mittag: „Chruschtschow ist in der Hauptseite abgesetzt worden, weil man seine Wirtschaftspolitik nicht machen wollte.“ „Der geringe Reformansatz war für die Militärs nicht akzeptabel.“

Mittag: „Breshnew und Kossygin führten die Wirtschaftspolitik weiter, die unter Stalin gewachsen war.“ So mag es manchen erschienen sein, bezüglich der Erscheinung der Leitungsstrukturen. Doch **Ähnliches ist nicht Ähnliches unter anderen Voraussetzungen!** Für Mittag z.B. erschien das als ein „Zurück zu Stalin!“ Kossygin kokettierte damit, dass er „Stalins Stellvertreter war“! Hier ist der Schlüssel, warum der Revisionismus bürokratischer Variante vielen als „Stalinismus“ **erschien**.

1965 bei der Besprechung am Döllnsee kam seitens Breschnew „der erste Ansturm auf die Beseitigung des NÖS“

S. 21: Mittag wollte zu diesem Zeitpunkt „die halbstaatlichen Betriebe, die Genossenschaften und Handwerker alle erhalten. Die „privaten Unternehmer“ haben „ihren festen Platz in der sozialistischen Gesellschaft gefunden.“ (!) Ein halbes Jahr später wurden sie „liquidiert“. Angeblich Druck aus dem Ausland.

S. 22: „Erhöhung der Wirksamkeit des Wertgesetzes“. „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel.“ „Politisch war Ulbricht kein Reformier, aber ökonomisch schon.“

S. 23: 1970, 13. Plenum: „dass auf die administrative, zentrale, staatliche Planung umgestellt wird.“ „wurde gleich der Import von 30 oder 40 Millionen an freier Valuta festgelegt, um die Versorgung der Bevölkerung zu machen. Es sollte mit dem NÖS nicht mehr gehen. Und man muss sehen, da hatten wir Prag schon hinter uns.“ „In Prag stand die gleiche Frage, auch in Polen.“ Das NÖS war tot, auch wenn das nicht gesagt wurde. Doch Honecker behielt Mittag, „um überhaupt in der Wirtschaft noch zurechtzukommen“. S. 39:

„Eigentlich hätte Mittag mit der Ablösung Ulbrichts verschwinden müssen, jedenfalls gehörte er, grob gesprochen, zur Ulbricht-Gruppe und nicht zur Honecker-Gruppe.“ S. 34: Von Seiten Mittags und seiner Getreuen wurde immer wieder versucht, bestimmte Elemente des NÖS zur Geltung zu bringen.“

S. 25: 1977 gemeinsamer Brief von Mittag und Schürer an Honecker, in welchem sie vor der Verschuldung warnten. 1988 Vorschläge Schürers über Subventionsabbau und Reduzierung der Militärausgaben. Von Mittag abgelehnt, angeblich weil Schürer gegen Ausbau der Mikroelektronik war, der Industrialisierung entstanden ist, und dass die DDR sich auf der anderen Seite in großen materiellen Widersprüchen bewegte, die weder mit der Planwirtschaft noch mit der Marktwirtschaft, unter den gegebenen Umständen der Einbeziehung in das von der Sowjetunion dominierte RGW-System, hätten bewältigt werden können.“

Letzteres darf nicht vernachlässigt werden. Zu ersterem: Die Leitungs-Strukturen eines Sozialismus unter Bedingungen der nachholenden Industrialisierung wurden in der DDR und den anderen europäischen Ländern aufgestülpt. Aus Sicht der dort tätigen Wirtschaftskader erscheinen Markt und Selbstverwaltung als einzige Alternative. **Die Entwicklung einer anderen Alternative hätten einen proletarischen Klassenstandpunkt vorausgesetzt** - das Streben nach Überwindung der alten Arbeitsteilungen. Dieser Standpunkt war offenkundig nicht vorhanden, auch nicht bei den aus der Arbeiterklasse stammenden Kadern!

S. 36: „dass Breschnew das selbständige Handeln auf dem Gebiet der Leitung - übersetzt als Überheblichkeit Ulbrichts - benutzt hat, um Ulbricht zu stürzen.“

37: Logik des Mauerbaus: Fluchtwelle von Ärzten und hochqualifizierten Teilen der Bevölkerung.

S. 42: Lehrbuch „Politische Ökonomie des Sozialismus“: „Das automatische Maschinensystem ist eine neue Stufe.“ Das wurde den Ulbricht-Mittag-Leuten „unerhört übelgenommen“. „Die Ansätze zur EDV sind dann ja in einer Art Bilderstürmerei ... kaputtgemacht worden.“

S. 270, Koziolk: „Ulbricht hatte begriffen, dass die DDR, ohne dass sie ein moderner Industriestaat wird, ohne wissenschaftlich-technischen Fortschritt, kaputt geht. Das war eigentlich der Kern solcher Losungen wie „Chemie gibt Brot – Wohlstand - Schönheit“, „Überholen ohne Einzuholen“ und ähnlicher Dinge.

S. 257: Laut Koziolk drei Kernüberlegungen des NÖS:

- 1.) Gewinn zum Kern des Wirtschaftens machen
- 2.) Neues Verhältnis von Zentrale und Dezentralisierung, Allmacht der Zentrale brechen
- 3.) Eigentum handhabbar machen und die materielle Interessiertheit erhöhen, also sozialistisches Eigentümer- verhalten erzeugen.

S. 257: „ist klar, dass die NÖS-Leute Gegner eines nebulösen allgemeinen Volkseigentums-Begriffs waren“.

„Ich war ein Anhänger eines Volkseigentums, das von den Verwaltern des Volkseigentums auch ökonomisch gehandhabt werden konnte; wenn Sie so wollen, zugleich als Eigentum der wirtschaftenden Einheiten.“

S. 258: die VVBs als „eine Art sozialistischer Konzerne“

S. 268: „Unser großes Problem war, dass wir nie mit dem Eigentumsbegriff fertiggeworden sind und mit der Handhabbarkeit des Volkseigentums.. Es hieß, Volkseigentum ist Eigentum des ganzen Volkes, und die Betriebe verwalten dieses Eigentum. Eine theoretische Durchdringung, aber auch praktische Handhabbarkeit im Sinne der Ökonomisierung ist uns nicht gelungen. Wir blieben in der Eigentumstheorie eigentlich bei der These stecken.“ Richtig! „Was uns nicht gelang im NÖS, war wirklich die Verbindung einer modernen Planwirtschaft mit - wenn Sie wollen - einem ökonomischen Regulativ.“

Kann nicht gelingen, da ein bloßes „richtiges“ Mischungsverhältnis von Ware und Staat das Problem nicht lösen kann.

S. 259: Honecker stützte sich beim Angriff auf Ulbricht auf die sowjetische Führung. Auch der größte Teil der SED-Spitze gegen das NÖS. S. 269: „Ulbricht wollte bestimmte Preise erhöhen, und das war der äußere Anlass dafür, dass man ihm auf dem 14. Plenum das Vertrauen entzog und später stürzte.“ „Honecker unterstellte Ulbricht die Politik des „Gürtel-Engel-Schnallens“ und sagte, das können wir nicht machen.“

Unterstützung des NÖS bei Liberman, Notkin und anderen sowjetischen Ökonomen. (Tradition von Behrens und Benary)

S. 273: Koziolck: Die ökonomischen Reformer waren entsetzt von der These des IX. Parteitags, dass sich die DDR auf dem Wege des Übergangs zum Kommunismus befände. Ihnen war **Ulbrichts Theorie** vom **Sozialismus als eigenständiger sozialökonomischer** Formation sympathisch. Koziolck: „Während Reinhold und ich auf dem Standpunkt standen, der Sozialismus ist eine eigene Formation und muss sich ausreifen, später kann man über anderes reden.“ Sie hatten insoweit gegenüber Honecker recht, als Honeckers „Kommunismus“ den Übergang zum kommunistischen Verteilungsprinzip bei den gegebenen Produktionsverhältnissen beinhaltete und somit **unmöglich** war. Sie selbst aber wollten die kommunistische Orientierung ebenfalls streichen und durch das Suchen der „richtigen“ Mischung von Ware und Staat ersetzen, was in der Praxis immer mehr Ware und letztlich Kapitalismus bedeutet hätte, unabhängig von ihrem Willen.

S. 265: Koziolck: „Auch mit der Schalck-Organisation wollten wir etwas Bestimmtes weiterführen, was wir unter anderen Aspekten nicht durchsetzen konnten.“

277: Koziolck: „KoKo hat einfach von den Methoden der Arbeit her ganz simple kapitalistische Verhaltensnormen übernommen.“ Es verband die Kombinate „direkt mit den äußeren Märkten“.

S. 176: Rauchfuß: „Der Ausgangspunkt ist, dass es neben dem staatlichen Außenhandel noch einen zusätzlichen Außenhandel mit KoKo gab, mit Wirkungen bis in die Betriebe. Aus gutgemeintem Grund sagten Alexander Schalck oder seine Leute, ich besorge dir, da du es über den Plan nicht bekommen kannst, Ausrüstungen, aber die musst du mir zurückzahlen mit Produkten, die ich exportieren kann. Das lief in der Tat neben dem Plan.“

S. 194: Wyschofsky: „Der Schalck-Export wurde ja als Exportkennziffer nicht veröffentlicht.“

S. 279: Koziolck. „Unter unseren Bedingungen war es wichtig, dass Schalck nur zwei Leuten rechenschaftspflichtig war, nämlich Honecker, praktisch ganz gering, da mussten einige Dinge klappen, und vor allen Dingen Mittag. Das heißt, er konnte das Unternehmen weitgehend nach ökonomischen Interessen gestalten. KoKo war im strengen Sinne aus der Tatsache unserer außenwirtschaftlichen Isolation geboren, das muss man deutlich sagen. Insofern war KoKo auch keine ganze normale Einrichtung im Sozialismus, aber es war eine sehr gute Idee zu versuchen, über KoKo Schranken zu durchbrechen, die es ermöglichten, die wirtschaftlichen Spannungen in der DDR zu mildern.“ Wenigstens hier ein Rest vom NÖS, meint er.

S. 278: „dass nämlich Gedanken aus dem NÖS in die Konstruktion von KoKo eingeflossen sind.“

Ein Großteil der durch die KoKo-Operationen beschafften Gelder wurde offenbar nicht zur Stopfung der Finanzlöcher verwandt, sondern für westliche Konsumgüter. Persönliche Herrschaftsverhältnisse und die mit ihnen verbundenen Zufälligkeiten waren wohl oftmals entscheidend. S. 160, Schalck: „Da kamen nämlich Zurufe aus allen Ecken - der eine wollte Jeans kaufen für die Jugend, der andere wollte, was weiß ich, Bananen - alles Schwachsinn, es war wirklich Schwachsinn. Statt Maschinen zu kaufen für die Produktion und was Vernünftiges, haben wir nun auf irgendeinen Zuruf Konsumgüter gekauft. Sindermann (Volkammerpräsident) war da führend. Also Alex, mach' doch mal Jeans, kauf doch mal eine Million Jeans für die Studenten; und dann wurde um den Preis gefeilscht, ob der nun 160 Mark ist oder 100 Mark - dieser Subjektivismus war zum Kotzen.“

Das war eine Zurufpolitik. Da Sindermann nun Kinder hatte und Enkelkinder, die ihrem Opa ständig einredeten, wie schön das ist, Levis zu tragen, mussten es Levis sein. Da hat Mittag gesagt, wir kaufen den Stoff und machen die alleine. Andere wieder sagten: Nein! Die wollen wir nicht haben, wir wollen Levis haben, da kann man mehr Geld für kriegen - es war herzerweichend.“

Eine wertvolle Studie zu Entwicklungen in der DDR zwischen 1962 und 1972

Aus: Roter Morgen, Nr. 17/ 1999

Ein Genosse sandte uns folgenden Artikel, in dem er die Besprechung einer bürgerlichen Studie über die DDR mit der Entwicklung eigener Überlegungen verbindet. Es handelt sich um das Buch:

Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 - 1972, Akademie Verlag Berlin 1997, 480 Seiten, gebunden, ISBN 3-05-003121-2, DM 78,— Angegebene Seitenzahlen beziehen sich - soweit nicht anders ausgewiesen - auf dieses Buch.

Monika Kaisers Buch trägt eine bemerkenswerte Fülle von Fakten zusammen, die Aufschluß über die Beweggründe der Kräfte um Ulbricht, der Kräfte um Honecker, der sowjetischen Führung einerseits unter Chruschtschow, andererseits unter Breshnew geben und Einblick in die Machtstrukturen und Funktionsmechanismen der SED-Spitze gewähren.

Zwar ist das Buch keinesfalls vom marxistischen Standpunkt aus geschrieben; im Gegenteil klingen trotz des sachlich gehaltenen Stils immer wieder Vorurteile der bürgerlichen Ideologie an. Doch diese Vorurteile **ersetzen** wissenschaftliche Forschung nicht, und dadurch unterscheidet sich diese Publikation wohltuend von vielen anderen, bei denen eine ideologische Brille - welcher Art auch immer - Wissenschaft **verhindert**.

Die Autorin hat nicht nur ein umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet, sondern auch mit mehreren Zeitzeugen gesprochen. Kaisers Studie wird bei einer marxistisch-leninistischen Analyse zu berücksichtigen sein. Ich will hier nur diejenigen Ergebnisse der Studie, die mir am wichtigsten erscheinen, kurz beleuchten. Dabei werde ich allerdings nicht an den Ausführungen und Wertungen der Autorin haftenbleiben, sondern vielmehr andeuten, welchen Stellenwert bestimmte Teilergebnisse innerhalb einer marxistischen Analyse haben könnten. **Die im folgenden Text vorgenommenen Bewertungen stammen also von mir, nicht von Monika Kaiser.**

Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Stoff ist freilich einer künftigen Untersuchung vorbehalten

- hier muß es bei einigen Streiflichtern bleiben.



Das NÖSPL – Dezentralisierung ohne Abbau der alten Formen der Arbeitsteilung

Am interessantesten scheint mir die Auseinandersetzung der Autorin mit dem NÖSPL, dem maßgeblich von Ulbricht kreierten „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“. Die dogmatische, vom Maoismus inspirierte „Revisionismus- Kritik“ wertete gerade das NÖSPL als Beweis für die angebliche Absicht Ulbrichts und seiner Mitstreiter, den Kapitalismus zu restaurieren. Wir haben an verschiedener Stelle dargelegt, warum wir diese Betrachtungsweise nicht teilen. In Kaisers Darstellung schimmert durch – wenngleich sie selbst das in Ermangelung eines marxistischen Standpunktes und einer marxistischen Methode nicht zu formulieren vermag: Die Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen in der Wirtschaft wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen war **Widerspiegelung des gegebenen Standes der Produktivkräfte**.

Ulbricht erkannte, dass ein einseitig auf Befehl und Gehorsam basierendes Leitungssystem, welches im wesentlichen darauf beruht, daß von oben nach unten Anweisungen durchgestellt werden, auf der Grundlage hochentwickelter Produktivkräfte rasch zusammenbrechen muß.



Andererseits verfolgte Ulbricht ebenso wie seine Kontrahenten innerhalb der SED-Führung das Ziel, einem engen Zirkel auf lange Zeit alle Machtkompetenzen zu sichern. Er konnte und wollte folglich kein kommunistisches Programm des allmählichen Abbaus der alten Formen der Arbeitsteilung verfolgen, insbesondere nicht des allmählichen Abbaus der Arbeitsteilung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen. Dezentralisierung konnte sich bei ihm folglich nur in Form des Ausbaus von Ware- Geld-Kategorien ausdrücken. Die „Volkseigenen Betriebe“ sowie die „Vereinigung Volkseigener Betriebe“ als eine Art „sozialistischer Konzern“ sollten also durch „materielle Interessiertheit“ zu hoher Produktivität stimuliert werden. Hierzu sollten „Dogmen“ abgebaut werden, etwa das „Dogma stabiler Preise“. Natürlich war dies eine Konzeption, die bei linearer Fortführung zum Kapitalismus geführt hätte, doch das war ganz gewiß nicht Ulbrichts Zielsetzung, denn dies hätte die von ihm vertretene Klasse überflüssig gemacht und von der Macht entfernt. Die Ware-Geld- Kategorien sollten vielmehr in eine Art zentraler Planung eingebettet bleiben. Von ihrem bürgerlichen Standpunkt aus teilt Kaiser die

damalige jugoslawische Kritik am NÖSPL, dieses sei „überwiegend mit *administrativen Mitteln durchgesetzt worden*“, es sei eine „*liberalisierte Form des Administrierens*“. (S. 81) Liberalität ohne Administrieren - das hätte freie Preise bedeutet, und das wollte Ulbricht wohlweislich **nicht**. „Gewinn als Hauptkennziffer“ **wollte er** – und damit war der einzelbetriebliche Gewinn gemeint, wobei Ulbricht dekretierte, die Summe der einzelbetrieblichen Gewinne ergäbe auf wundersame Weise das Wohl der Gesellschaft. Das war das alte Dogma des klassischen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith, doch Smith hatte im Gegensatz zu Ulbricht freie Preise vorausgesetzt. Das NÖSPL hingegen sollte

ohne flächendeckende Freigabe der Preise, vorwiegend durch Administration die Preise dem Warenwert annähern. Kaiser führt ein durchaus zutreffendes Zitat Haffners an, das NÖSPL habe „über eine Art *Marktsimulation*“ „*Ziele und Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte beeinflussen wollen*.“ (S. 74)

Übrigens entwickelten sowjetische Wirtschaftskader – wie Kaiser zeigt - beträchtliches Interesse für derartige Experimente; sie hatten anscheinend die Hoffnung, hier Konzepte zu finden, mit denen sie der Wirtschaftskrise

im eigenen Land begegnen konnten. Andererseits stießen die Methoden des NÖSPL bei den „sowjetischen Genossen“ bereits damals auch auf Verwunderung, und nach dem Sturz Chruschtschows wurden derartige Experimente in Moskau mit unverhohlener Skepsis betrachtet.

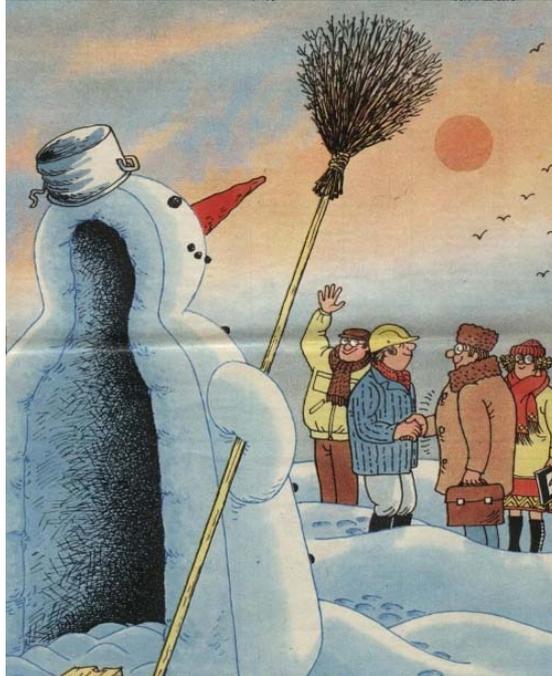
Das NÖSPL war ein Zwitter zwischen Warenproduktion und zentralistischer Kommandowirtschaft.

Ein derartiger Spagat war auf Dauer nicht durchzuhalten. Die Elemente der Dezentralisierung konnten mangels kommunistischer Zielsetzung freilich nicht die produktive Kraft der Arbeiterklasse in breitem Maße nutzbar

machen, doch in der Blütezeit des NÖSPL wurde der Sachverstand von Wissenschaftlern und Fachleuten in relativ hohem Maße genutzt. Dies setzte Ulbricht – wie Kaiser zeigt - gegen den Widerstand des Parteiapparats durch. Durch diese Entwicklung wurde dem revisionistischen Regime einerseits eine gewisse innovative Kraft zugeführt, andererseits wurde es dadurch gefährdet. Diese im Grunde bürgerliche Art der Dezentralisierung war ein Eiertanz, und 1968 zeigte der „Prager Frühling“ sehr eindringlich, wohin dieser Eiertanz führen konnte.

Ulbricht und seine Kontrahenten in der SED-Führung waren sich durchaus darüber einig, daß sie **das** nicht wollten. Doch Ulbricht kritisierte Dubcek und Co. vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts sehr viel zurückhaltender als manche seiner Kontrahenten, mühte sich, „das Richtige“ bei Dubcek zu sehen und „die Überspitzungen“ zu kritisieren. Noch wenige Tage vor dem Einmarsch traf er sich mit Dubcek.

Das sollte „aktive Diplomatie im Interesse des sozialistischen Lagers sein“, doch später wurde es ihm von seinen Gegnern in der Parteiführung angekreidet. (S. 300 f.)



Bauabnahme In der DDR-Wirtschaft wurde die schlechte Situation durch ein beschönigendes Berichtswesen verbrämt ("Eulenspiegel", Ausgabe 4/1988)

Die Auseinandersetzungen in der Jugendpolitik

Ulbricht begriff auch sehr gut, daß die bürokratische Art des Herangehens an die Jugend diese vom Regime entfernen würde und das Regime auf diese Weise keine Zukunft haben konnte. Auch hier versuchte er, gegen

den Widerstand des Apparats eine Neuerung herbeizuführen. 1964, als Ulbrichts „Innovationen“ in der Jugendpolitik ihren Gipfelpunkt erreichten, schrieb der 1957 entmachtete Minister für Staatssicherheit, Erich Wollweber: *„Ich wollte nichts anderes zur damaligen Zeit, als was man heute 1963/1964 als selbstverständlich betrachtet, daß man den Menschen eine persönliche Intimsphäre läßt und sich nicht in alles mögliche einmisch. Der Holzhammer sollte beiseite gelegt werden.“* Die Ursachen der zunehmenden „Republikflucht“ habe er schon damals weniger in Versorgungsengpässen gesehen als in der *„Tendenz des Apparates, den Menschen sozusagen ‘auf der Seele zu knien’, ihnen alle möglichen Vorschriften zu machen: Wie sie sich kleiden sollen, welche Haarfrisuren, wie sie tanzen sollen, wie sie ins Theater gehen und Ferien machen sollen. Und das alles wurde firmiert als Erziehung.“* (S. 133)

Ulbricht - das zeigt Monika Kaiser eindringlich - war Machtmensch genug und hinreichend feinfühlig für die Macht bedrohende Gefahren, um zu sehen, daß eine solche Art der „Erziehung“ die Jugend zunehmend gegen Partei und Staat aufbringen mußte, und **deshalb** wollte er eine Wende, die er – personell betrachtet - nicht zuletzt gegen Erich Honecker durchsetzen mußte, welcher in der Jugendpolitik bis dahin bestimmenden Einfluß genommen hatte (und wegen seines bürokratischen Verhaltens nicht selten angeekelt war). Ulbricht erklärte, die Jugendlichen sollten sich ihrer Rolle als „*Hausherren von morgen*“ bewußt werden, und die Funktionäre sollten mit ihnen *„über die Probleme unserer Zeit sprechen“*, auch wenn das *„nicht sehr bequem“* sei.

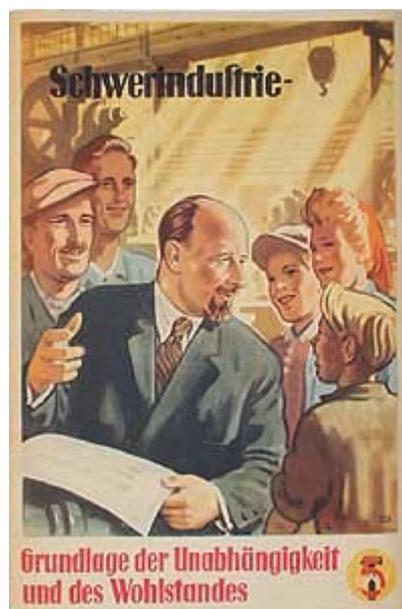
Die Person, derer sich Ulbricht im Kampf gegen die großen und kleinen Honeckers bediente, war Kurt Turba. Die Auseinandersetzungen um Turba sind im übrigen auch ein sehr gutes Beispiel dafür, daß man die Formen der alten Arbeitsteilung nicht partiell durchbrechen kann, wenn man nicht ein Konzept verfolgt, welches darauf gerichtet ist, sie im Ganzen zu überwinden. Ulbricht nutzte im Juli 1963 Honeckers Urlaubsabwesenheit, um personalpolitische

Fakten zu schaffen. Er rief den damals 34-jährigen Kurt Turba zu sich und fragte ihn, ob er die Leitung der Jugendkommission des Politbüros übernehmen wolle. Der verduzte Turba wandte unter anderem ein, daß er keine Parteischule besucht habe, vielmehr schon in der Aufnahmeprüfung durchgefallen sei, daß er 1953 in Ungnade aus dem Zentralrat der FDJ habe ausscheiden müssen und auch späterhin

mehrfach mit dem Zentralrat in Clinch gelegen habe. Ulbricht lachte und fragte, warum Turba wohl glaube, daß er gerade ihn vorschlage.

Auch das Argument, dass Turba sein Studium noch nicht beendet habe, ließ Ulbricht nicht gelten. Und Ulbricht legte Turba ans Herz, bei der Zusammensetzung der Jugendkommission „**nicht nach dem Dienstrang**“ vorzugehen. Das war eine Kampfansage an den Apparat. (S. 146)

Dessen Widerstand bekam Turba schnell zu spüren. Als Turba sein Büro in der ZK-Abteilung besetzen wollte, bedeutete ihm der bisherige Abteilungsleiter Goede, er sitze hier bereits, und wies ihm eine kleine Kammer mit Telefon zu. Als Ulbricht davon erfuhr, schrie er Goede an, was dieser sich einbilde, er sei entlassen, solle den Schreibtisch räumen und sich in der Kaderabteilung eine neue Arbeit zuteilen lassen. Im September 1963 brachte das Neue Deutschland einen Grundsatzartikel zur Jugendarbeit. Die Jugend sei „*früher reif*“ und wolle darum „*früher ernst genommen werden*“. Sie ertrage „*schlechte Leiter nicht*“ und verachte „*Nichtsköner*“. Die Partei sei überzeugt, daß die Jugend „*mit den wenigen schwarzen Schafen in ihren Reihen*“ fertig werde. Der Artikel machte sich unter anderem über Funktionäre lustig, die der Jugend vorschreiben wollten, was und wie sie tanzen sollte. Manchen falle es schwer, „*den Unterschied zwischen einer Tanzveranstaltung und einer politischen Versammlung zu begreifen*“. (S. 156 f.)



Dieser Artikel trug die Handschrift Ulbrichts. Es heißt, mancher FDJ-Funktionär an der Basis habe den zerschlissenen Artikel wochenlang mit sich herumgetragen und damit argumentiert.

Ein Höhepunkt des Erfolges der neuen Orientierung war das Deutschlandtreffen der FDJ Pfingsten 1964, an dem auch sehr viele Jugendliche aus Westdeutschland teilnahmen. Selbst westdeutsche Zeitungen hoben hervor, daß freie Meinungsäußerung in aller Öffentlichkeit geduldet war. Die Kehrseite der Medaille:

Funktionäre, die bei missliebigen Diskussionen als „ideologische Feuerwehrleute“ agieren wollten, wurden ausgelacht. (S. 165)

Bald zeigten sich negative Entwicklungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, und

die Sache war sicher nicht so harmlos, wie Monika Kaiser – die aufgrund ihres Standpunktes in bürgerlicher Liberalisierung natürlich keine Gefahr sehen kann - glauben machen will. Der größte Teil der Jugend wollte zwar sicherlich eine bessere Welt aufbauen, doch dazu hätten sie einer Partei bedurft, die ihnen eine marxistisch-leninistische Orientierung gab.

Die SED war keine solche Partei.



Wem in der Wirtschaftspolitik nichts besseres einfällt als die Schaffung eines künstlichen Marktes innerhalb eines Kommandoregimes, der kann auch in anderen Bereichen keine kommunistische Orientierung geben.

Die neuen Freiheiten führten zur unkontrollierten Ausweitung bürgerlicher Kultur und Moral, was wiederum von den ultrabürokratischen Betonköpfen à la Honecker für ihre Zwecke genutzt wurde, die im übrigen anscheinend auch einzelne Erscheinungen maßlos aufbauschten und Jugendliche wegen harmloser Vorfälle kriminalisierten. Die Stimmung in der Parteiführung schlug um. Erich und Margot Honecker setzten sich mit ihrer Linie durch,

wonach „*das Anknüpfen an den Interessen der Jugend zur Entpolitisierung führe*“. (!) (S. 203)

Kaiser schreibt: „*Da man den Kurswechsel damals noch nicht gegen Ulbrichts Autorität, sondern nur mit ihr vollziehen konnte, wurde nicht die Ulbrichtsche Politik für falsch erklärt, sondern einzelnen Funktionären 'Entstellungen' bei ihrer Umsetzung unterstellt.*“ Damit geriet natürlich insbesondere Turba in die Schußlinie, und Ulbricht war bereit, ihn fallen zu lassen: Zum einen im persönlichen Machtinteresse, zum anderen weil man im Interesse des revisionistischen Regimes im Ganzen einen Schuldigen brauchte. Turba, unter Druck geraten, bat um einen Termin bei Ulbricht, doch der war nicht mehr für ihn zu sprechen.

Doch immerhin: Der Sieger Honecker eröffnete Turba, man sei vielleicht etwas hart mit ihm umgesprungen.

Er solle halt Selbstkritik üben, dann werde man schon sehen. Damit sagte er seitens der Gegner der Ulbrichtschen Reformen: Du kannst **unser** Mann werden, dann geht deine Karriere weiter. Doch Turba ließ sich nicht kaufen. Honeckers Kommentar: „*Du wirst noch merken, daß mit der Parteiführung alles geht, gegen sie nichts.*“ Turba - bald mit Parteiausschluß bedroht - erklärte, in diesem Falle werde er in der Öffentlichkeit beweisen, daß er **nicht** gegen die Parteilinie verstoßen habe.

Schließlich besäße er ja ganze Aktenbände voller Anweisungen und Niederschriften seiner Gespräche mit Ulbricht. Kaum hatte er dies erklärt, erschienen zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit bei ihm, die die betreffenden Unterlagen beschlagnahmten. Einer von ihnen erklärte, damit habe sich auch der Parteiausschluß erledigt. Turba konnte sich in der Kaderabteilung des ZK seine Papiere abholen und erhielt eine unbedeutende Funktion zugewiesen. (S. 223 f.)



Wolfgang Berger (l.), Kurt Turba (Mitte) und Walter Ulbricht, 1965

Das Pendel, das sich von einer rigiden bürokratischen Linie zum Liberalismus hin bewegt hatte, schlug nun zum Bürokratismus zurück. Man „kniete sich den Menschen wieder auf die Seele“, und diese Art von „Erziehung“ mußte insbesondere die Jugend abstoßen. Ein entsprechender Umschwung trat später auch in der Wirtschaftspolitik ein: Die liberalen, tendenziell in Richtung Warenproduktion und Kapitalismus weisenden Reformen wurden unter Beibehaltung und – in bestimmten Bereichen – sogar unter Ausbau von Formen der Ware-Geld-Beziehungen überwiegend durch ein bürokratisches Kommandoregime ersetzt, welches so starr war, daß es die Initiative nicht nur der Masse der Werktätigen, sondern auch der Spezialisten abtötete und damit die Produktivkräfte in ein immer engeres Korsett bannte.

Im Nachhinein läßt sich sagen: Ulbricht hatte in gewisser Weise gewittert, an welchen Übeln die DDR später zugrunde gehen sollte: Bürokratisches Administrieren, Gängeln der Menschen usw. Der Bürokrat Ulbricht, der weitaus virtuoser mit Menschen zu spielen verstand als seine Kontrahenten vom Schlage Honeckers, wollte diese Übel zumindest in der Erscheinung mildern. Die von ihm verwandten liberalen Gegenmittel mußten scheitern, weil sie die Gefahr der Restauration des Kapitalismus beinhalteten.

Als Machtmensch, der er war, erkannte er dies selbst und reagierte bürokratisch, wobei er versuchte,

die Option einer Balance von Liberalität und bürokratischem Administrieren aufrechtzuerhalten. Jedoch stärkten diese Entwicklungen seine einseitig bürokratischen Gegner, die es zudem - wie Kaiser ausführlich zeigt - geschickt verstanden, das Mißtrauen Breshnews in Ulbrichts Experimente zu schüren.

Am Rande deutet Kaisers Analyse an, daß dem Machtwechsel von Chruschtschow zu Breshnew in gewisser Hinsicht vergleichbare sozialökonomische Hintergründe zugrundelagen wie dem von Ulbricht zu Honecker.



Eine interessante Einzelheit: Kaiser führt Quellen an, denen zufolge Breshnew 1964 zweimal erfolglos versucht haben soll, die Ermordung Chruschtschows zu organisieren. (S. 126)

Heute gibt es Versuche z.B. von Seiten Sarah Wagenknechts, den damaligen Kurs Ulbrichts als eine realistische Politik darzustellen, aufgrund derer der „Sozialismus sich hätte behaupten können. An dieser Stelle sei hierzu nur knapp gesagt: Es war schon deshalb kein Sozialismus, weil die kommunistische Orientierung auf die Überwindung der alten Arbeitsteilungen fehlte. In Ermangelung einer solchen Orientierung **mussten** die Versuche, den Bürokratismus zu bannen, **gesetzmäßig** liberale Gestalt annehmen und damit die Gefahr der Restauration des Kapitalismus hervorrufen. Bezeichnend ist, daß Ulbricht selbst gezwungen war, die von ihm gerufenen liberalen Geister zumindest teilweise wieder zu bannen, und seine Nachfolger betrieben dies nur mit größerer Konsequenz. Daß die Übel des somit wieder gestärkten Bürokratismus letztlich auf andere Weise den Sieg des Kapitalismus herbeiführen mußten, liegt in der Natur der Sache:

Wer nicht zum Kommunismus voranschreiten will, der bereitet – unabhängig von seinem Willen – der kapitalistischen Restauration den Weg.

Daß Ulbricht kein Voranschreiten zum Kommunismus wollte, fand im übrigen seinen klaren theoretischen Ausdruck in seiner **Theorie vom Sozialismus als „eigenständiger sozialökonomischer Ordnung“**. Damit wurde nicht nur der Kommunismus zu einer unverbindlichen Vision für eine ferne Zukunft zusammengestutzt.

Diese Konzeption beinhaltete auch, daß der Sozialismus nicht mehr als Übergangsgesellschaft angesehen wurde, innerhalb derer sozialökonomische und sozialpsychologische Elemente der alten Gesellschaft mit denen des Kommunismus im Kampf lagen und es für KommunistInnen folglich darum gehen mußte, letztere zu stärken und zu entwickeln.

Durchaus zutreffend konstatiert Kaiser, die SED-Führung wollte „das ‘sozialistische System’

auf den ihm eigenen Grundlagen funktionsfähig machen und kümmerte sich wenig um die Frage, wie es danach weiterginge“. (S. 278) Demgemäß wurden die klassenmäßigen Unterschiede innerhalb der DDR verharmlost und bagatellisiert, nicht nur die von oben und unten (die ohnehin nicht Gegenstand einer theoretischen Betrachtung waren), sondern auch die zwischen Arbeiterklasse und den noch existierenden Privatunternehmen. Die Gesellschaft der DDR beinhaltete laut Ulbricht „völlig neuartige Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten“, die angeblich „auf der Gemeinsamkeit der Grundinteressen und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit“ beruhten.



Werneuchen im Nordosten von Berlin: Maschinen-Traktoren Station Mao Tse - Tung(1960)

Ulbricht: relative Eigenständigkeit gegenüber Moskau

Wie Kaiser zeigt, betrieb Ulbricht in den 60er Jahren gegenüber Moskau eine relativ eigenständige Politik, was ihn von seinem Nachfolger Honecker grundlegend unterschied. So kontierte er im Zusammenhang mit der Entwicklung des NÖSPL einen innerparteilichen Einwand, in der Sowjetunion würden bestimmte Dinge aber anders behandelt: *“Das, was die Sowjetunion macht, lassen Sie mal; das ist deren Sache.”* (S. 70) Breshnew

fühlte sich bei einem Besuch in der DDR - damals war er noch nicht Parteichef - von Ulbricht *“in die Enge getrieben und in ungebührlicher Weise belehrt”*, wie er später gegenüber Honecker sagte. (S. 75) Die politische und persönliche Abneigung war wohl beidseitig. Auf Breshnews unmittelbar nach seiner Machtergreifung übermittelte Gesprächsbereitschaft antwortete Ulbricht verspätet und kühl. (S. 76)

Erhebliche Differenzen gab es nicht nur in der Wirtschafts-, sondern auch in der Deutschlandpolitik. Ulbricht war sich darüber im klaren, daß die ungelöste deutsche Frage politisch in Rechnung gestellt werden mußte, wenn man sich nicht vom westdeutschen Imperialismus in die Defensive treiben lassen wollte.

Nachdem die sowjetische Führung die SED-Führung intern gebeten hatte, von Wiedervereinigungsparolen Abstand zu nehmen, polemisierte Ulbricht 1967 öffentlich gegen alle jene, *“die der Meinung sind, es könne niemals zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen”*. (S. 276) Die DDR-Verfassung von 1968 enthielt den Auftrag, die deutsche Spaltung schrittweise zu überwinden. Die sowjetische Führung hatte auf diplomatischem Wege

versucht, eine Diskussion über den Verfassungsentwurf in die Wege zu leiten, doch Ulbricht hatte intern erklärt: *“Nichts ist! Wenn das ZK der KPdSU uns irgend’ was sagen will bezüglich der Verfassung, dann soll es sich offiziell an das ZK der SED wenden.”* (S. 279) Nach Ulbrichts Tod kam die Führung unter Honecker den sowjetischen Wünschen nach: Der Begriff *“deutsche Nation”* wurde per Gesetz getilgt, der Auftrag zur schrittweisen Überwindung der deutschen Spaltung durch den Hinweis ersetzt, daß die DDR *“für immer und unwiderruflich”* mit der Sowjetunion verbündet sei. Wie Kaiser mitteilt, kam das nach Auffassung von Juristen einem Staatsstreich gleich, da die per Volksabstimmung verabschiedete Verfassung nicht durch einfaches Gesetz geändert werden durfte.

Freilich ging auch Ulbrichts Deutschlandpolitik keinesfalls von marxistisch-leninistischen Grundsätzen aus. Nachdem Brandt Bundeskanzler geworden war, trat Ulbricht gegen den Widerstand des gesamten Politbüros für eine *“neue Westpolitik”* ein. (S. 328 f.) Bereits 1965 hatte er eine neue Taktik gegenüber der SPD verkündet: Polemik dürfe es nur *“gegen die Kriegspartei”* geben (S. 234), also die CDU/ CSU, womit die SPD mehr oder weniger zur Friedenspartei erklärt wurde, gegen die **nicht** polemisiert werden dürfe. Damit stellte Ulbricht sich ausdrücklich in Gegensatz zu einem *“großen Teil der führenden Genossen der KPD”*, die der Meinung waren, *“daß der Kampf sowohl gegen die CDU als auch gegen die SPD geführt werden müsse”*, wie er der sowjetischen Führung ganz offen sagte. (S. 235) Später veranlasste die Gruppierung um Honecker die sowjetische Führung unter anderem dadurch, Ulbrichts Sturz mitzutragen, daß sie deren Ängste vor einem deutschen Alleingang Ulbrichts schürte, der gegen die sowjetischen Interessen gerichtet sein könne. Kaum war die neue Führung um Honecker inthronisiert, versuchte sie, sich gegenüber Moskau anzubiedern, indem sie in den außenpolitischen Teil des Entwurfes des Berichts auf dem VIII. Parteitag der SED besonders harsche Formulierungen gegenüber dem westdeutschen Imperialismus aufnahm. Dieser Entwurf wurde zur Begutachtung nach Moskau geschickt, doch die betreffenden Formulierungen kamen dort offenbar nicht gut an. Nach allgemeinem Lob folgten acht Schreibmaschinenseiten mit höflich formulierter Kritik. Zu militanten Äußerungen gegenüber dem Imperialismus im allgemeinen und der BRD im besonderen sollten abgeschwächt, alle Formulierungen über das expansive Wesen der BRD gestrichen werden, und überdies sollte die SED-Führung sich Gedanken *“über den Gebrauch elastischerer und präziserer Formulierungen in der nationalen Frage”* machen. (S. 441) Zwar hatte Breshnew im Gespräch mit einer SED-Delegation gesagt, *“Deutschland gebe es nicht mehr, und das sei gut so”* (S. 389), doch das war für den internen Gebrauch bestimmt; in offiziellen Dokumenten sollte verwaschener formuliert werden. Honecker war nicht Ulbricht - Breshnew brauchte ihm nicht zweimal zu sagen, was er wollte. Honecker sorgte persönlich für die Einarbeitung der Moskauer Änderungswünsche in den Rechenschaftsbericht, *“wobei er die weisungsgemäße Ausführung wie ein Buchhalter mit Häkchen und Erledigungsvermerken festhielt.”* (S. 442)

Freilich war Ulbrichts Selbständigkeit gegenüber Moskau nur eine relative gewesen. Als pragmatischer Machtpolitiker hielt er sich stets im Rahmen dessen, was er tun zu können glaubte, ohne in Moskau allzusehr anzuecken. Ein Beispiel: 1970 hatte Ulbricht durchgesetzt, daß der mittlerweile von ihm als Gefahr erkannte Honecker vom Posten des 2. Sekretärs der SED abgelöst und auf Parteischule geschickt

worden war. Abrassimov, Botschafter der UdSSR in der DDR, intervenierte bei Ulbricht - erkennbar, wenn auch nicht offiziell, im Namen Breshnews. Ulbricht gab nach und setzte Honecker wieder in seine alte Funktion ein. (S. 370 ff.)

“Einheit und Geschlossenheit als höchstes Gut”

Die Untersuchungen Monika Kaisers lassen bezüglich der Verfahrensweisen **eines** durchgängig sichtbar werden, ob es sich nun um Ulbricht handelt oder um die Kräfte um Honecker, ob es um die SED geht, die KPdSU oder - soweit am Rande behandelt - um andere revisionistische

Parteien:

Sach- und Personalfragen wurden nicht von den hierfür nach Parteistatut zuständigen Gremien und nicht auf Grundlage einer offenen und sachlichen Diskussion der jeweils gegebenen Differenzen entschieden. Sie wurden aufgrund des Kräfteverhältnisses der jeweils miteinander kämpfenden Seiten entschieden, in Form von Intrigen, ohne offene Benennung der unterschiedlichen Positionen und unter faktischer Umgehung der zuständigen Gremien. Letztere wurden über die zugrunde liegenden Differenzen in aller Regel gar nicht informiert und zu Akklamationsorganen degradiert, die aus "Disziplin", unter Wahrung der "Einheit und Geschlossenheit" das abzunicken hatten, was andernorts entschieden worden war.

Ein treffendes Beispiel ist der polnische Parteichef Gomulka, ein notorischer Opportunist, der 1968 vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts als gehorsames Mitglied des von Breshnew geführten Lagers Dubcek zu kritisieren hatte. Er kritisierte, daß die in der CSSR eingeführten geheimen Parteiwahlen - ***“den Einfluß der Führung auf die Kaderpolitik beschnitten”***. Das war also für ihn das eigentlich Schlimme an der tschechoslowakischen Entwicklung: daß die Parteispitze nicht mehr entscheiden konnte, wer gewählt wurde!

Ich habe bereits das Beispiel angeführt, daß Ulbricht die Urlaubsabwesenheit Honeckers ausnutzte, um Turba als Leiter der Jugendkommission des Politbüros zu inthronisieren. Die Honecker und Konsorten nutzten wiederum später Abwesenheiten Turbas, um ihn in bestimmten Fragen auszumanövrieren. Und als Ulbricht alters- und krankheitsbedingt nicht mehr an allen wichtigen Sitzungen teilnehmen konnte, gelang es Honecker, *“immer mehr Entscheidungskompetenzen an das ZK-Sekretariat zu verlagern. Dinge, von denen er und der Apparat annahmen, dass sie im Politbüro nur schwer oder nur nach langwierigen Diskussionen und mit ungewollten Modifikationen durchkamen, wurden von Honecker an das Sekretariat delegiert. Hier konnte man sicher sein, daß keine unliebsamen Erörterungen stattfanden, sondern daß alles im Schnellverfahren ohne Diskussion beschlossen wurde, so wie der Apparat es vorschlug. Auch in dieser Hinsicht hat Honecker nichts originär Neues zur Funktionsweise der Machtmechanismen beigetragen, sondern das ‘abgekupfert’, was Ulbricht erfolgreich bis 1953 praktizierte (...).”* (S. 372) Wohlgemerkt: Hier geht es um Verlagerung von Kompetenzen **aus dem Politbüro heraus**, also aus dem - laut Statut - **geschäftsführenden Ausschuß des Zentralkomitees, welcher diesem gegenüber eigentlich verantwortlich war**. Doch das **Zentralkomitee selbst**, laut Statut das höchste Parteigremium zwischen den Parteitag, war längst zu einem **Akklamationsorgan degradiert** worden.

Als Honecker und sein Anhang sich anschickten, Ulbricht aufs Altenteil zu schicken, war allen Beteiligten klar, daß es hier nicht nur um persönliche Machtgelüste ging, sondern durchaus auch um **politische Meinungsverschiedenheiten**.

Die Vorstellung, daß das ZK oder gar der Parteitag hierüber diskutieren und entscheiden sollte, erschien derart "abwegig", daß sie niemandem in den Sinn kam. Schon zuvor hatte Honecker persönliche Kontakte mit Breshnew gepflegt und von diesem bereits 1970 die Zusage erhalten, daß er Kronprinz war und spätestens in ein paar Jahren Ulbrichts Nachfolge antreten würde. Breshnew hatte erklärt, Ulbricht könne *“gar nichts - wir werden auf jeden Schritt - W(alter) U(lbrichts) - der unseren gemeinsamen Interessen nicht entspricht - reagieren, wenn notwendig hart. (...) Wir werden keine personellen Veränderungen zulassen - verstehst Du.*

Die Leitung der Parteiarbeit wird sich immer mehr in Deiner Hand vereinigen.” (S. 381) Im Januar 1971 hatte Ulbricht im Politbüro einige seiner Vorstellungen durchsetzen können, und Honecker wählte seine Fälle wegschwimmen. In einem verleumderischen und intriganten Brief an Breshnew versuchten Honecker und seine Parteigänger daraufhin, die sowjetische Führung zu bewegen, den Machtwechsel nun herbeizuführen. Man verwies auf *“‘Spekulationen im Westen’ über Meinungsverschiedenheiten in der SED-Führung und auf ‘bestimmte Lehren aus den Ereignissen in Volkspolen und in der CSSR’*, versuchte also wider besseres Wissen den Eindruck zu erwecken, es stehe ein zweiter "Prager Frühling" bevor. Ein bezeichnendes Argument:

“Es bestünde die Gefahr, ‘daß wir zum VIII. Parteitag nicht mit einer einheitlichen Meinung

kommen'". (S. 433) Das war also für alle Beteiligten eine entsetzliche Vorstellung: daß der Parteitag, laut Statut das höchste Organ der Partei, über politische Meinungsverschiedenheiten entscheiden könnte anstatt - wie bisher immer - das abnicken zu müssen, was der Apparat ihm "einmütig" präsentierte. – Übrigens fragte Honecker innerhalb von zwei Tagen drei- bis viermal am Krankenbett Materns nach, ob dieser nicht in der Lage sei, den Brief an Breshnew zu unterschreiben.

Doch Matern war bewusstlos und wurde künstlich beatmet. Honecker hatte übrigens zunächst Pech: Breshnew durchschaute offenbar, daß ersterer Panikmache betrieb, und ließ ihn vorerst zappeln. Ulbricht trat mehr oder weniger freiwillig als Parteichef ab, vermutlich zum einen weil seine Kräfte schwanden, zum anderen weil er hoffte, sich auf diese Weise noch ein Maximum an Einfluß sichern zu können. Da täuschte er sich: Man beförderte ihn zum Ehrenvorsitzenden - und entfernte ihn systematisch von jeglicher Möglichkeit politischer Einflußnahme.

Nun lernte er die intriganten Methoden, die er selbst stets virtuos gehandhabt hatte, am eigenen Leibe kennen. Das ging so weit, daß man Krankenberichte über ihn, die er selbst nicht kannte, allen ZK-Mitgliedern zur Verfügung stellte. Als er sich zur Wehr zu setzen versuchte, schob man ihm alle möglichen politischen Fehler in die Schuhe und deutete ihm an, wenn er sich jetzt nicht füge, werde man ihn fraktioneller Tätigkeit beschuldigen.

Da gab er klein bei. Breshnew hatte gegenüber Honecker vorausgesagt, Ulbricht werde letztlich nichts tun, was die "Einheit und Geschlossenheit" gefährde. (S. 438) In der Tat hatte Ulbricht sich stets machtpolitischen Gegebenheiten angepaßt, und das tat er auch jetzt.

Bei der Diskussion im Politbüro mit Ulbricht verwies Axen interessanterweise auf die Auseinandersetzungen mit Herrstadt und Zaisser im Jahre 1953, als Honecker Ulbricht mit den Worten verteidigt habe: "Ulbricht sind wir alle." Sie hätten das – so Axen - nie als Personenkult verstanden. (S. 451) Das war in gewisser Weise richtig: Damals ging es nicht in erster Linie um die Person Ulbricht, sondern um den von ihm gepflegten Führungs- und Leitungsstil. Dieser bestand, kurz gesagt, in folgendem:

Eine wirkliche Diskussion der Ursachen von Fehlentwicklungen hat zu unterbleiben, innerhalb des innersten Führungszirkels und schon gar nach außen hin. Entscheidungen fallen hinter den Kulissen.

Die parteilosen Massen sind Manövriermasse der Partei, die Parteibasis ist Manövriermasse der Parteiführung, Befehle werden von oben nach unten durchgestellt. "Demokratische Konsultationen erfolgen dann und nur dann, wenn das für die Erhaltung eines derartigen Herrschaftssystems eher nützlich als schädlich erscheint. Wer in irgendwelchen Fragen gegen dieses Herrschaftssystem grundsätzlich opponiert, ist als Nestbeschmutzer gnadenlos unschädlich zu machen.



Honecker im Manöver ...

Im Gegensatz zu späteren als "Abwechtlern" aussortierten Mitgliedern der Führung blieben Herrstadt und Zaisser Zeit ihres Lebens Unpersonen, und auch jetzt, in der Stunde der Abrechnung mit Ulbricht, erinnerte Axen daran und forderte Ulbricht nachdrücklich auf, sich auch selbst an die von ihm geprägten Spielregeln zu halten. Sonst – ja sonst werde er schlimmstenfalls das Schicksal von Herrstadt und Zaisser teilen. Axen "drohte, die von

Ulbricht geführten individuellen Gespräche könnten als ‘Ansätze, um Gruppierungen zu bilden’, bewertet werden.”

“Einhellig war man der Auffassung, daß die ‘Einheit und Geschlossenheit’ als höchstes Gut gewahrt werden müssen. Ulbricht dagegen versuche diese zu stören, indem er immer wieder Diskussionen heraufbeschwört.”

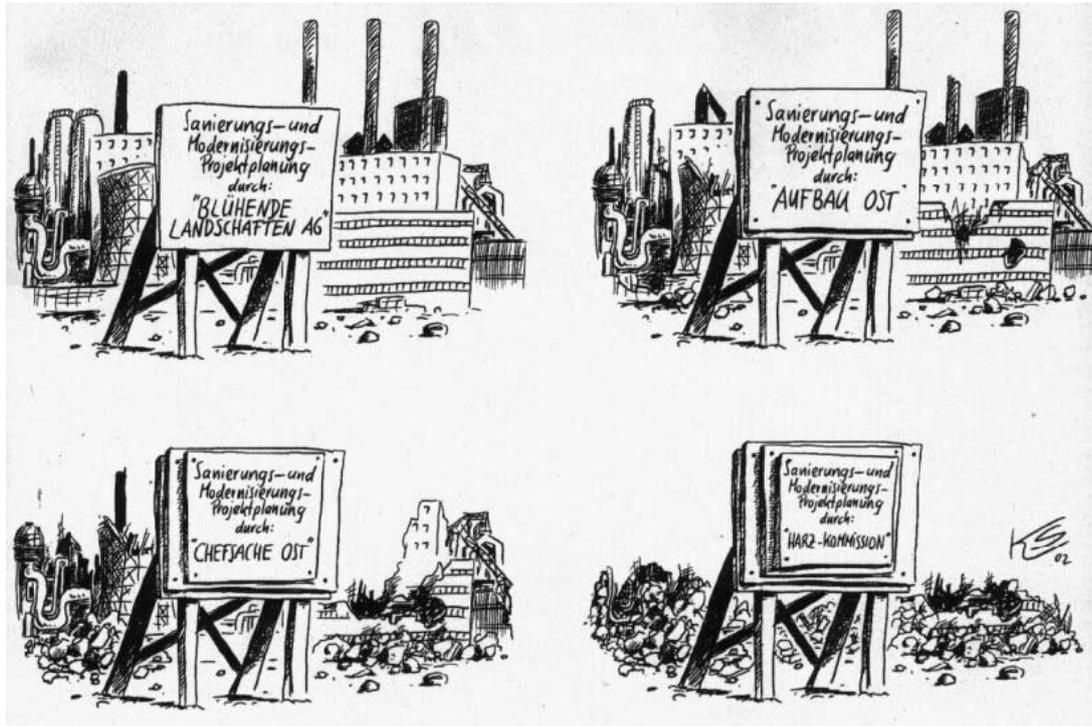
(S. 451) **“Einheit und Geschlossenheit” bedeutet hier: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.**

Ulbricht zog es wie gesagt vor, sich nach dem Schlagen wieder zu vertragen. Er unterschrieb einen von Honecker vorgelegten Beschlußentwurf, wonach er seine *“Haltung zum Politbüro und zum Ersten Sekretär des ZK ... revidiert und die Anschuldigungen zurücknimmt, ... daß er die Disziplin im Politbüro einhält* (sich also nicht unmittelbar an das ZK wendet, was sein statutmäßiges Recht gewesen wäre, d. Verf.), *den Beschlüssen des Politbüros zustimmt und den Weisungen des Ersten Sekretärs Folge leisten wird”*. (S. 452) Zu diesen Weisungen gehörte u.a., dass Ulbricht nicht an der Festveranstaltung zum 55. Jahrestag der Sowjetunion teilnehmen durfte.

Damit war sichergestellt, daß er keinen Kontakt mehr zu Breshnew aufnehmen konnte. Als Ulbricht Ende Dezember auf dem 8. Plenum des ZK sprechen wollte, wurde eine außerordentliche Politbürositzung einberufen, die ihm dies verbot. Die *“Einheit und Geschlossenheit der Partei”* blieb dank der Fürsorge der weisen Führung gewahrt.



Die „grossen Führer“ liessen sich feiern ...



Marx behielt recht

Man täusche sich nicht: Sowohl das Agieren Ulbrichts hatte seine objektive Logik als auch das Agieren der Kräfte um Honecker. Wollte man ihr Handeln allein damit erklären, daß sie „Revisionisten waren“, so stünde man in methodischer Hinsicht auf einer Stufe mit denjenigen bürgerlichen Kommentatoren, die es damit erklären, sie seien eben Kommunisten gewesen. Für Marxisten aber ist das menschliche Wesen nicht in den Individuen angesiedelt, sondern im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Hinweis darauf, daß Ulbricht, Honecker usw. Revisionisten waren, erklärt für sich allein nichts. Es war ihnen nicht in die Wiege gelegt, Revisionisten zu werden. Daß sie es waren, macht sich nicht daran fest, daß sie für dieses oder jenes Leitungssystem eintraten, für mehr oder weniger Zentralismus, für mehr oder weniger Ware-Geld-Beziehungen.

Und es macht sich auch nicht in erster Linie an theoretischen Positionen fest. Breshnew und Honecker wandten sich gegen Ulbrichts Theorie vom Sozialismus als eigenständiger sozialökonomischer Formation, doch deshalb waren jene keinen Deut mehr Kommunist als dieser.

Daß sie keine Kommunisten waren, macht sich vor allem daran fest, daß sie **keine** Umgestaltung des gesamten Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Kommunismus wollten. Sie wollten insbesondere die Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen nicht überwinden. Auf dieser Grundlage mußte ein Ensemble von entfremdeten Arbeitsteilungen konserviert werden und mußte der Zustand aufrechterhalten bleiben, daß die Gesellschaft in Teilinteressen zerfällt, das Allgemeininteresse Fiktion bleibt. Wenn Entscheidungen nicht in den dafür eigentlich zuständigen Gremien getroffen wurden, sondern hinter den Kulissen, nach Machtposition und Geschicklichkeit im Intrigenspiel, so war dies nicht originär im schlechten Charakter der handelnden Personen begründet – dieser bildete sich vielmehr als Folge der Zustände heraus –, sondern darin, daß eine offene Debatte von Mängeln innerhalb eines Systems, das diese Mängel nicht überwinden **konnte**, objektiv zersetzend gewesen wäre. Die **Fiktion** der „Einheit und Geschlossenheit“ mußte gewahrt werden, weil es **keine** Einheit geben konnte.

Ulbrichts Agieren hatte seine Logik: Er hatte wie gesagt richtig erkannt, daß ultrazentralistische Kommandowirtschaft auf Grundlage entwickelter Produktivkräfte zum

Untergang führen mußte. Die Zersetzungerscheinungen **in der CSSR unter Novotny** waren ihm warnendes Beispiel. Aus seiner Sicht arbeitete er als Realpolitiker am Aufbau des Sozialismus, und die offenkundige Tatsache, daß sich das gesellschaftliche System der DDR grundlegend von dem der BRD unterschied, daß es kein Kapitalismus war, befestigte ihn in dieser Sicht. Der Kommunismus war für ihn ferne Utopie. Der „Lauf der Geschichte“ würde ihn vielleicht irgendwann hervorbringen, aber für die Orientierung in der Gegenwart hatte das keine Bedeutung.

Das Agieren der Honecker und Co. hatte ebenfalls seine Logik: Sie wußten, daß Ulbricht keinen Kapitalismus wollte, doch sie sahen ganz richtig, daß das NÖSPL bei konsequenter Fortentwicklung zum Kapitalismus führen mußte. Die Entwicklung **der CSSR unter Dubcek** war **ihnen** warnendes Beispiel. Mit Ulbricht hatten sie gemeinsam, dass sie keine Überwindung der Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft, also keinen Übergang zum Kommunismus wollten. Ihre „Verteidigung des Sozialismus“ bestand darin, die liberalen Experimente, die mit dem NÖSPL verbunden waren, zu stoppen.

Marx behielt recht: *Der „Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“* (Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7 S. 90) Fehlt diese Orientierung, so handelt es sich nicht um Sozialismus, unabhängig von den subjektiven Vorstellungen der Akteure.

Honeckers Spruch „den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“ erwies sich als falsch.

Sein „Sozialismus“ **wurde** aufgehalten. Sozialismus im Marxschen Sinne ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, doch er „läuft“ nicht dorthin. Er ist nämlich kein handelndes Subjekt. Entweder bewirken innerhalb des Sozialismus agierende Subjekte diesen Übergang, oder der Kapitalismus wird restauriert.

Gibt es an den Schaltstellen der Macht keine agierenden Subjekte, die den Übergang zum Kommunismus anstreben, so handelt es sich nicht um Diktatur des Proletariats und folglich nicht um Sozialismus.



Erich Honecker: das Ende einer Geisterfahrt



Roter Morgen – 13. September 1971

Der Kreml verkauft die Souveränität der DDR

Als am 12. August letzten Jahres Bundeskanzler Brandt in Moskau das sogenannte Gewaltverzichtsabkommen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik unterschrieb, setzte er gleichzeitig die Herren im Kreml mit einer Erpressung unter Druck: Wenn ihr wollt, daß das Abkommen im Bundestag ratifiziert (und erst damit rechtskräftig) wird, dann findet gefälligst eine für uns annehmbare Berlin-Regelung.

Und die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrem Streben sich unter allen Umständen so schnell wie möglich mit dem westdeutschen Imperialismus auf Kosten der Völker Europas zu arrangieren und sich Rückenfreiheit für neue Aggressionshandlungen gegen die Volksrepublik China zu verschaffen, hatten nichts eiligeres zu tun als sich den Herren in Bonn willfährig zu zeigen.

Man stelle sich vor: die heutige Regierung des Staates, der vor 26 Jahren die Hitlerherrschaft, den deutschen Imperialismus zerschlug, kriecht zu Kreuz vor der Regierung, die eben diesen Widerentstandenen aggressiven Imperialismus vertritt.

Hat nicht das sowjetische Volk das Recht zu fragen: Wofür haben 25 Millionen Menschen unseres Landes Blut und Leben geopfert? Hat nicht das deutsche Volk allen Grund zu fragen: Wer gibt Euch das Recht das Abkommen von Potsdam, das uns zusagte „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet“, wie ein Fetzen Papier zu zerreden?

Man muß schon einen Blick in die Geschichte werfen, um den ganzen schamlosen, niederträchtigen Verrat zu erkennen, mit dem die neuen Zaren im Kreml ihren vorläufig letzten Anschlag auf die Interessen - nicht nur der Bevölkerung der DDR - sondern des ganzen deutschen Volkes in der sogenannten Berlin-Regelung krönten:

Als Hitlerdeutschland den Krieg verloren hatte, wurde es in 4 Besatzungszonen aufgeteilt, nicht etwa in 5. Für Berlin galt eine Sonderregelung, die vorsah:

„Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine Interalliierte Behörde (Kommandatura) errichtet.“ (Feststellung über die 4 Besatzungszonen, Berlin 5.6. 1945)

Auf der Dreimächtekonferenz in Jalta (3. bis 11.2. 1945) war bezüglich Berlins festgestellt worden, eine „koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentralkommission mit dem Sitz in Berlin“ zu errichten, „die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte bestehen soll“. Diese Sonderregelung für Berlin erfolgte allein aus dem Grund, weil in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, das zentrale Besatzungsorgan für Deutschland, der Alliierte Kontrollrat, seinen Sitz nahm, um von hier aus alle Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden und eine einheitliche Besatzungspolitik in ganz Deutschland zu gewährleisten.

Die Rechtsgrundlage für diese Beschlüsse wurde im Potsdamer Abkommen vom 2.8. 1945 formuliert. Sie sahen u.a. neben der Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus, der Entfernung von höheren Nazis aus dien öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen (in Westdeutschland nie erfüllt), die Vernichtung übermäßiger Konzentration der Wirtschaft durch Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen vor. Zu den wirtschaftlichen Grundsätzen heißt es wörtlich:

„Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten,“

wirtschaftliche Einheit z.B. im Hinblick auf das „Transport- und Verkehrswesen“, das Währungs- und Bankwesen der zentralen Besteuerung und Zölle“ u.a.m.

Dieses Abkommen war — auch wenn es in mancher Hinsicht einen Kompromiß darstellt — ein Sieg der sowjetischen Außenpolitik unter Stalin gegenüber den alliierten Westmächten, die Deutschland zerstückeln und in ein Agrarland mit kolonialem Status (Morgentau-Plan) verwandeln wollten. Stalin, der in seiner Ansprache anlässlich des Sieges der Sowjetunion am 9. Mai 1945 in Moskau erklärte: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten“.

Das Potsdamer Abkommen wurde in der damaligen sowjetischen Besatzungszone voll erfüllt, während es die Westmächte in ihren Besatzungszonen von Anfang an zu sabotierenden und es Schritt für Schritt (Schaffung der Bizone, der Trizone, Verabschiedung einer separaten Verfassung etc.) hintertrieben.

Der endgültige Bruch dieses Abkommens erfolgte schlagartig am 20.6. 1948 erfolgter separater Währungsreform in Westdeutschland und Westberlin und der am 7.9. 1948 erfolgten Gründung der Bundesrepublik. Durch die Durchführung der Währungsreform in Westberlin strömten plötzlich Millionen im Westen entwerteter im Osten noch gültiger Mark in den Osten der Stadt die sowjetische Besatzungszone. Die Folge dieses hinterhältigen Anschlags auf das Währungsgefüge durch die Westmächte war die Selbstblockade Westberlins vom 25.6. 1948 bis 12.5. 1949.

Durch diesen Bruch des Potsdamer Abkommens hatten sich aber die Westmächte die Rechtsgrundlage für ihr weiteres Verbleiben in Westberlin entzogen. Ihr weiteres Verbleiben dort war illegal. Westberlin war von da ab rechtens ein Teil der DDR auf dessen Gebiet es lag und noch liegt. Diese Auffassung wurde von der Sowjetunion unter Stalin in und auch einige Jahre später vertreten.

Noch im Jahre 1958 stellte die Regierung der DDR in ihrer Antwortnote an die UdSSR über Westberlin fest:

„Mit der Nichterfüllung der gemeinsamen Beschlüsse über Deutschland mit der Verhinderung einer abschließenden Friedensregelung mit Deutschland durch die Westmächte haben diese jeden Anspruch verloren, sich auf irgendwelche Rechte zu berufen.

Im Hinblick auf Westberlin bedeutet das notwendigerweise die Liquidation des Besatzungsregimes und den Abzug der Truppen der drei Westmächte. Eine Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und ein weiteres Verbleiben der westlichen Truppen in Westberlin unter Bruch der Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens ist eine Völkerrechtswidrige Intervention. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstreicht die Tatsache, daß die Rechtslage in Berlin entsprechende und natürlichste Lösung zur Beseitigung der akuten Gefahren, die sich gegenwärtig aus der Existenz des Spannungsherd Westberlin ergeben, die wäre, die Ausübung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik in Bezug auf ganz Berlin zu verwirklichen und Westberlin in vollem Umfang in die Hoheitsgewalt der Deutschen Demokratischen Republik auf deren Territorium Westberlin gelegen ist, einzugliedern.“

Warum wurde diese korrekte Forderung der DDR nicht verwirklicht?

Immerhin hatten die Westmächte und der westdeutsche Imperialismus Westberlin in eine „Frontstadt“, in einen „Pfahl im Fleisch der DDR“, in ein Aggressions- und Spionagezentrum verwandelt, von dem aus laufend Spionage- und Sabotageakte gegen die DDR erfolgten. Hatten sie allein in den Jahren von 1950 bis 1957 8 Milliarden DM aufgewandt, um Westberlin in ein so genanntes „Schaufenster des Westens“ zu verändern.

Diese Forderung wurde nicht verwirklicht, weil Chruschtschow gerade zu der Zeit daran ging, seine Politik der Zusammenarbeit, der Kollaboration mit dem USA-Imperialismus zwecks

Aufteilung der Welt in Szene zu setzen. Dazu war er bereit, Vorleistungen zu bieten. Um seinen „guten Willen“ zu beweisen, übersandte er den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik 1958 Noten, in denen er anbot, Westberlin in eine „Freie Stadt“ eine „selbständige politische Einheit“ zu verwandeln. Um der DDR diesen Verrat schmackhaft zu machen, bot er ihr — die am 20.9. 1955 ihre Souveränitätsrechte erhalten hatte — an, diese Rechte auf das bis dahin von der Sowjetunion wahrgenommene der Kontrolle über die Zugangswege von und nach Berlin auszudehnen. In der bereits zitierten Antwortnote der DDR an die UdSSR nahm die Ulbricht-Regierung diesen Vorschlag an.

Der Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, mit dem die Chruschtschow-Regierung schon damals in ihrer Note an die Westmächte und die Bundesrepublik hausieren ging, wird an dem Satz deutlich: „Die Sowjetregierung beabsichtigt nicht, Westberlin in die DDR einzubeziehen, ebenso wie sie auch selbst nicht nach territorialen und anderen Eroberungen strebt.“

Das bedeutet nichts anderes, als dem Anspruch der DDR auf Westberlin zu einer „territorialen Eroberung“ zu erklären. Die Revisionisten werden einwenden, die Regelung der Westberlinfrage im Sinne der DDR hätte zum damaligen Zeitpunkt und würde auch heute noch zum Krieg führen, da die Stadt von USA und anderen Truppen besetzt sei. Nun gut, wenn man eine Frage zeitweilig nicht lösen kann, dann läßt man es eben, keinesfalls aber darf das bedeuten, Rechtsansprüche aufzugeben, nicht mehr die Frage nach Recht oder Unrecht zu stellen.

Zeigte sich schon damals, daß die Herren im Kreml bedenkenlos bereit waren, sich über die Interessen der Bevölkerung der DDR hinwegzusetzen, so zeigen die Chruschtschow-Nachfolger heute, daß ihnen Recht und Souveränität der DDR einen Dreck wert sind, daß sie meinen, die Bajonette ihrer Truppen und eine ihnen sklavisch hörige Regierung würden ausreichen, um die Werktätigen der DDR daran zu hindern, sich gegen den stückweisen Verkauf ihrer Interessen an die westdeutschen Imperialisten zur Wehr zu setzen.

Schon bei der Unterzeichnung des sogenannten Gewaltverzicht-Abkommen zwischen der UdSSR und BRD (1970) war deutlich geworden, wie weit die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrer Kollaborations- und Kapitulationspolitik gegenüber dem westdeutschen Imperialismus zu gehen bereit waren. Hatten sie vorher noch groß getönt, die Unterzeichnung des Abkommens ohne gleichzeitige Anerkennung, der DDR durch die Bundesrepublik käme nicht in Frage, so war bei der Unterzeichnung am 12.8. davon mit keinem Wort mehr die Rede. Stillschweigend beugte man sich dem Diktat der Brandt-Regierung: Berlin-Regelung in unserem Sinn oder es wird nicht ratifiziert.

Nun ist sie da, diese Berlin-Regelung. Sehr zur Freude der westdeutschen Imperialisten, die es nicht versäumten, den Kreml-Bossen ob ihrer Dienstbereitschaft kaum eingeschränktes Lob zu zollen. Sogar die CDU gab ihre vorgespiegelte Zurückhaltung auf. CDU-Vorstandsmitglied Norbert Blüm, laut Nachrichtenmagazin der „Spiegel“: „Wenn uns das geglückt wäre, hätten wir den Russen die Füße geküßt.“

Die westdeutschen Imperialisten, die Herren des Industrie- und Finanzkapitals hatten schon den richtigen Riecher gehabt, als sie vor Zweijahresfrist die Brandt/ Scheel-Koalition in den Regierungssessel hieften. Dieses „Entgegenkommen“ den Sozialimperialisten gegenüber zahlte sich aus. Was Ex-Nazi Kiesinger, dem Scharfmacher Strauß nicht glücken konnte, — zu sehr war ihre Politik und die ihrer Parteien CDU/CSU in den Augen der sowjetischen Völker mit dem Widerentstandenen aggressiven westdeutschen Imperialismus verknüpft, worauf Rücksicht zu nehmen, die Herren im Kreml nicht umhin konnten, — der „Antinazi“ Brandt schaffte es. Die SPD erwies sich als die mächtigste, brauchbarste Waffe der westdeutschen Monopolbourgeoisie ihre expansionistischen Ziele gegenüber dem Osten zu erreichen. Was Adenauer, Erhard, Kiesinger polternd und drohend nicht schafften, die Brandt/Scheel erreichten es auf die sanfte, die lächelnde Tour. Konzilient in der Form, selbst ein Kniefall in Polen macht

dem Kanzler nichts aus, aber hart in der Sache. Nichts hat sich an den aggressiven Zielen des westdeutschen Imperialismus geändert: Einverleibung der DDR, weitere Ausdehnung seiner Macht nach dem Osten, nur die Taktik, mit der er dieses Ziel zu erreichen trachtet, ist zeitweilig eine andere.

Was brachte nun die von den vier Mächten Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich über den Köpfen der DDR - um deren ureigensten Interessen es bei diesem Abkommen ja schließlich ging - ausgehandelte Berlin-Regelung? Sie brachte eine völlige Kapitulation der Sowjetregierung gegenüber den Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands. Kein Wort mehr davon, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt, kein Wort mehr von Westberlin als „Freie Stadt“, „selbstständige politische Einheit“ oder „besondere politische Einheit und Gebilde“. Ganz offen wurde die Annexion Westberlins durch die Bundesrepublik beschlossen. Das Verhandlungsergebnis besagt:

Die Sowjetregierung akzeptiert, daß die wirtschaftlichen, finanziellen, rechtlichen und kulturellen „Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik aufrechterhalten und entwickelt werden“ können.

Die Sowjetregierung akzeptiert fortan die Außenvertretung West-Berlins durch Bonn genau in der Form in der die Westalliierten sie der Bundesregierung übertragen haben.

Die Sowjetregierung akzeptiert ausdrücklich Sitzungen von Bundestags-Ausschüssen und Fraktionen in West-Berlin sofern sie nicht massiert stattfinden und ihnen Berlin-Beratungsthemen „zur Aufrechterhaltung und Entwicklung“ zwischen Bonn und Westberlin zu Grunde liegen.

Die Sowjetregierung akzeptiert, dass in Zukunft die Westberliner Bundespässe erhalten, mit denen sie in die Sowjetunion und andere Warschauerpaktstaaten einreisen können. Ebenfalls Reisen nach Ost-Berlin und in die DDR werden Westberlinern wie Bundesbürgern erlaubt.

Die Sowjetregierung bestätigt die originären Rechte und Verantwortlichkeiten der drei Westmächte in ihren Sektoren in Westberlin und erhält dafür ein Konsulat im Westen der Stadt.

Die Sowjetregierung beschränkt die Souveränität der DDR, indem sie die Verantwortung und Garantie für den zivilen Durchgangsverkehr von und nach Westberlin übernimmt der „in der einfachsten und beschleunigsten Weise abgewickelt werden und eine bevorzugte Behandlung genießen wird.“

Und dieser Vertrag, dessen Klauseln man wohlweislich den DDR-Bürgern verschwieg, wurde von SED-Chef Honecker freudig begrüßt. Der Ministerrat in Ost-Berlin: „Die Ergebnisse der langwierigen Verhandlungen sind ein Ausdruck der erfolgreichen Außenpolitik der UdSSR.“ Den Verschachern von Souveränitätsrechten der DDR sprach der Ministerrat seinen „aufrichtigen Dank“ aus. Kann man sich etwas Schamloseres vorstellen?

Der SED-Ableger, die westdeutsche DKP entblödete sich nicht, in ihrer Zeitung UZ folgende Weisheit von sich zu geben: „Die Existenz der DDR als souveräner Staat ist nicht zu ignorieren, und ihre Rechte werden geachtet und anerkannt. So wird denn — durch die Westmächte — in dem Abkommen die DDR in allen Punkten anerkannt, wo sie betroffen ist: beim Transit nach Westberlin, bei den Visa- und Straßenbenutzungsgebühren usw. An entsprechenden Punkten ist zu sehen, daß an der Anerkennung der DDR kein Weg vorbeiführt.“

Das ist von vorn bis hinten gelogen. Die Bundesrepublik denkt nicht im Traum daran, die DDR anzuerkennen. Selbst wenn es später zu einer Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO

kommen sollte, wird der westdeutsche Imperialismus die DDR nicht anerkennen, um sich für den Fall eines Falles das „Recht“ auf eine militärische Eroberung der DDR vorzubehalten.

Jetzt wissen wir auch, warum Ulbricht in Krankheit geschickt wurde. Ulbricht war sicher ein Renegat, ein Verräter am Kommunismus. Er selbst hat oft genug das schmutzige Geschäft des stückweisen Ausverkaufs der DDR-Souveränität durch die Sowjetunion mitgemacht. Er trägt die Verantwortung vor der deutschen Arbeiterklasse dafür, daß der Kampf um ein einiges, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgegeben wurde. Er hat eine Mauer um seinen „sozialistischen“ Staat bauen lassen und den Kampf gegen den Klassenfeind innerhalb und ausserhalb der DDR aufgegeben, verraten. Er selbst gehört ja schließlich zur „neuen Bourgeoisie“ der DDR!

Aber Ulbricht war auch störrisch und eigensinnig. Die „Sonderrolle“, die er aufgrund der besonderen politischen, strategischen und ökonomischen Lage der DDR im Warschauer Pakt beanspruchen und ausnutzen konnte, trat immer mehr im Widerspruch zur Großmachtpolitik der neuen Kreml-Zaren. Deshalb brachte die Breshnew-Clique den ergebenen Stiefellecker Honecker und seine Mannschaft ans Ruder. Aus ist es mit der „Sonderrolle“ der DDR. Jetzt heißt es „sozialistische Integration“. Die Sowjetunion und ihr Juniorpartner die DDR beherrschen die RGW. Der Versuch Ulbrichts, vor allem mit Polen und der CSSR Bündnispolitik zur Aufrechterhaltung der „Sonderrolle“ der DDR zu betreiben, wird aufgegeben. Stattdessen zügellose Hetze gegen alle Unabhängigkeitsbestrebungen und revolutionäre Entwicklungen im Ostblock. (Auch unter Ulbricht war schon die DDR an erster Stelle am Überfall auf die CSSR beteiligt) Das neueste Beispiel des Honecker-Kurses liefert die zügellose Hetze gegen Rumänien und die Volksrepublik China.

Diese Kettenhunde der Kreml-Zaren sind auch die Unterdrücker der Arbeiterklasse der Werktätigen in der DDR. Ist aber nicht auch die Einsetzung dieser neuen Lakaien der Sozialimperialisten ein Zeichen dafür, daß unsere ostdeutschen Klassenbrüder beginnen, das Wesen der neuen Bourgeoisie zu durchschauen und den Kampf gegen sie aufgenommen haben. Ein Zeichen dafür, daß sie weder den Raub der Souveränitätsrechte der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten noch die Kapitulation vor den westdeutschen Imperialisten und Militaristen dulden werden? Genauso wenig wie sie die Absprachen der west- und ostdeutschen Bourgeoisie zur gemeinsamen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten dulden werden, die sich unter dem Deckmantel „innerdeutscher Gespräche“ abzuzeichnen beginnt.

Was hat nun die sowjetischen Sozialimperialisten veranlasst, gegenüber dem westdeutschen Imperialismus die Zugeständnisse in der Westberlinfrage zu machen?

Wie schon das Nachrichtenmagazin der „Spiegel“ schrieb: „Die Sowjets waren bereit, sich die Entspannung in Mitteleuropa etwas kosten zu lassen, weil sie sich für die Auseinandersetzungen in Ostasien den Rücken freimachen . . . wollten.“ Mit anderen Worten: Sie bereiten einen Krieg gegen die Volksrepublik China vor. Deshalb ihr Liebäugeln mit den westdeutschen Imperialisten, deshalb ihr Wunsch nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die Aufnahme von Verhandlungen über den beiderseitigen Truppenabzug.

Doch diese Politik der Sozialimperialisten, die mit dem Moskauer Vertrag eingeleitet wurde und dessen Ratifizierung durch den Bundestag sie sich für das kommende Frühjahr erhoffen, birgt auch den Keim neuer Widersprüche in sich.

Ihre Kollaboration mit dem Widererstarkenden westdeutschen Imperialismus, der seinen Platz an der Sonne will, hat einerseits das Ziel den Einfluß des USA-Imperialismus in Europa zu schmälern, andererseits aber haben sich die beiden Supermächte noch fester in Deutschland eingegelt. Ihre „Vier-Mächte-Verantwortung“ wollen sie als ewiges Faustpfand ihrer Anwesenheit in Mitteleuropa nicht aus der Hand geben. Hierbei stehen sie wieder brüderlich

beisammen.

Auch die angestrebte europäische Sicherheitskonferenz, die angeblich im Frühjahr 1973 stattfinden soll, ist für die sowjetischen Sozialimperialisten ein zweischneidiges Schwert.

Einerseits wird eine solche Konferenz, an der alle europäischen Nationen teilnehmen sollen, ihnen die Möglichkeit bieten, den USA-Konkurrenten zurückzudrängen. Andererseits aber wird die Sowjetunion nicht verhindern können, daß die in ihrem Einflußbereich liegenden osteuropäischen Staaten ebenfalls versuchen werden, wie ihr Herr und Meister Beziehungen zu den westlichen Ländern aufzunehmen. Ihre Loslösungsbestrebungen werden sich verstärken.

Genauso werden die europäischen Nationen nicht tatenlos zusehen, wie der raubgierige westdeutsche Imperialismus wieder seine volle Kraft zu entfalten beginnt und seine Expansion und Aggression sowohl nach dem Osten wie nach dem Westen richtet. Die Widersprüche in der EWG, die Versuche Frankreichs sich dem westdeutschen Vorherrschaftsstreben entgegenzustellen, die Versuche der Sowjetunion, diesen Widerspruch durch „Verbesserung der sowjetisch-französischen Beziehungen“ für sich auszunutzen - all das spiegelt eindeutig das ganze Ausmaß der Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus wider.

Die entscheidende Kraft aber in diesem ganzen Totentanz des sterbenden Imperialismus sind die Volksmassen unter der Führung der revolutionären Klasse, dem Proletariat und seiner Partei.



Die KPD/ML wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die „Wiedervereinigung“ Deutschlands nicht nach den Plänen der Imperialisten abläuft. Sie wird alle Machenschaften der westdeutschen Imperialisten und ihrer Handlanger aufdecken, die die Souveränität der DDR beeinträchtigen, da die Vorbereitung von Aggression und Expansion auch verbunden ist mit der verschärften Niederhaltung der westdeutschen und westberliner Werktätigen. Sie wird alle Verrätereien der revisionistischen Führungsclique in der DDR entlarven, die dem westdeutschen Imperialismus seine Aggressionsabsichten erleichtern. Wir werden jedes sich anbahnende Komplott zwischen den Bourgeoisien beider deutscher Staaten aufdecken, das den Kampf der deutschen Arbeiterklasse um nationale Einheit verhindern soll. Wir wissen, daß ein einiges, freies, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, das wir erstreben, nur erreicht werden kann durch die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten.

